

Avant

Zeitung des RSB / IV. Internationale



**ÖD –
Prozessvereinbarung
abbrechen
Lohnerhöhung
erkämpfen**

In dieser Ausgabe

Gesundheitsprämie

Georg Orwell hatte sie eigentlich schon für 1984 prognostiziert, in den allgemeinen Sprachgebrauch eingedrungen ist die „Neusprache“ erst Jahre später – zumindest in der Gesundheitspolitik. Die neueste Wortschöpfung orwell'scher Provenienz ist die sogenannte „Gesundheitsprämie“. |06

Gewerkschaftslinker

Zwar gibt es einen nicht unbedeutenden Teil der Gesellschaft, der die Segnungen des Neoliberalismus ablehnt und in Teilbereichen auch dagegen angeht. Aber in der Gesamtkonstellation können die sozialen Bewegungen nur bedingt auf die Kräfteverhältnisse einwirken |10

Tarifrunde

Am 20.1.05 beginnen im Öffentlichen Dienst die Tarifverhandlungen zu Lohn und Gehalt. Allen Protestresolutionen zum Trotz: Die Tarifkommission hat auf Verlangen des ver.di-Vorstands keine Tarifforderungen gestellt und versucht, die Öffentlichen „Arbeitgeber“ wohl gesonnen zu machen. |12

Wahlen in der Ukraine

Das politische und wirtschaftliche Leben der Ukraine wird von so genannten Clans beherrscht, Gruppen von Kapitalisten, die zum einen mit den politischen Strukturen und zum anderen mit kriminellen Elementen verbunden sind. Es gibt vier Clans, die in ständigem Wettstreit stehen. |16

Wahlen in Afghanistan

Am 9. 10. fanden in Afghanistan die Präsidentschaftswahlen statt. Zu den Bewerbern gehörten außer dem Übergangspräsidenten Hamid Karsai 17 Bewerber, die von Monarchisten bis zur Nordallianz und von Warlords bis rechten Intellektuellen und islamischen Fundamentalisten reichten |21



Abschied von Privilegien

Jede Tat braucht ihre Begründung. Man muss sie nur finden. Wer dabei noch festgefügte Klischees bemüht, überzeugt am meisten. Diese Fähigkeit zeichnet v.a. bürgerliche Politiker aus, die versuchen, Hartz IV dem 'Volk' als große soziale Wohltat und Notwendigkeit darzustellen. |11

RSB vor Ort

Aachen: über RSB Köln
Berlin: Postfach 350513, 10214 Berlin
Dithmarschen*: Hirtenstaller Weg 34, 25761 Büsum
Duisburg: über RSB Oberhausen
Essen: über RSB Oberhausen
Frankfurt/M.: über RSB Wiesbaden
Hagen: über RSB Oberhausen
Halle: über RSB Potsdam
Hamburg: c/o Gerlef Gleiss, Pinnasberg 27, 20359 Hamburg
Karlsruhe*: c/o Sozialistische Linke, Gewerbehof/Steinstraße. 23, 67133 Karlsruhe
Köln*: c/o Verlag Neuer Kurs, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln
Mannheim*/Ludwigshafen/Weinheim/Heidelberg: RSB Rhein-Neckar, Landzungenstraße 8, 68159 Mannheim
Mainz*: c/o Michael Weis, Karl-Trauerstraße 18, 55130 Mainz
Marburg: c/o Infoladen Metzgergasse 1b, 35037 Marburg
München: c/o Linke Projekte, Gravelottestraße 6, 81667 München
Neukirchen-Vluyn: über RSB Oberhausen
Oberhausen: c/o A. Walthers, Elsa-Brändström-Straße 66, 46045 Oberhausen
Oldenburg (Nds.): über RSB Hamburg
Potsdam: Lindenstraße 47, 14467 Potsdam
Simbach am Inn: über RSB München
Stuttgart: c/o O. Jaiser, Nellinger Straße 17, 70619 Stuttgart
Tübingen: über RSB Stuttgart
Trier*: c/o Infoladen Trier, Hommerstraße 14, 54290 Trier
Wiesbaden: c/o Infoladen linker Projekte, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden

Wenn Du zu den einzelnen Orten per E-Mail Kontakt aufnehmen möchtest, dann schreib' an: <deinort>@rsb4.de

*** Diese Orte sind über buero@rsb4.de zu erreichen!**



Avanti – Zeitung des RSB/IV.Internationale

HerausgeberIn:

Revolutionär Sozialistischer Bund, Sektion der IV.Internationale in Deutschland

Erscheinungsweise

Die Avanti erscheint einmal im Monat.



Die **Avanti** ist zu bestellen

über das zentrale RSB-Büro:
 RSB, Landzungenstraße 8,
 68159 Mannheim
 oder e-Mail: avanti@rsb4.de
buero@rsb4.de

Jahresabo (mind. 11 Ausgaben)	25 Euro
Halbjahresabo	13 Euro
Förderabo	mind. 30 Euro
Probeabo (3 Ausgaben)	5 Euro

Den Betrag bitte auf das Konto 544 904 901 bei der Volksbank Hameln, BLZ 254 621 60 überweisen.

Liebe Leserinnen und Leser,
 das Thema „Parallelgesellschaft“ und „Integration und Assimilation“ wird uns auch in den nächsten Wochen und Monaten weiter begleiten. Schließlich sind die bürgerlichen Parteien wild entschlossen, die MigrantInnen wieder zu einem Problem zu erklären. In der jetzigen Ausgabe der

SPENDENAUFTRUF

*Liebe Leserin,
 lieber Leser der Avanti,*

auch revolutionäre Politik kostet Geld, deshalb spendet für die *Avanti* sowie für die Politikansätze, die wir entwickeln wollen. Wir brauchen dringend Eure Unterstützung. Bitte spendet auf folgendes Konto:

**Sonderkonto „Avanti“
 Volksbank Hameln
 Konto: 544 904 901
 BLZ: 254 621 60**

ANTIREPRESSIONSFOND

Spendet bitte weiterhin unter dem Stichwort „Solidarität“ auf das Konto: RSB/IV. Internationale, Volksbank Hameln, BLZ.: 254 621 60, Konto: 544 904 901

Avanti findet ihr die ersten zwei Artikel, die sich mit dieser Thematik befassen. Um noch tiefer in die Analyse einsteigen zu können, freuen wir uns über weitere Beiträge und Artikel, die sich damit befassen. Natürlich berichten wir auch gerne über Gegenaktionen, also schreibt uns!

eure Redaktion.

RSB/IV.Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokra-

tischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

V.i.s.d.P.:

Peter H. Kreitz;

Redaktion:

Daniel Berger, Trixi Blixer, Heiko Freund, Peter H. Kreitz, joe hill, Thadeus Pato; mitbegründet von Hans-Jürgen Schulz;

Kontakt und Abonnement:

RSB, Landzungenstraße 8, 68159 Mannheim
Telefon und Fax: 0621/1564046 **Homepage:** <http://www.rsb4.de> **eMail:** avanti@rsb4.de
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der HerausgeberIn-

nen wieder. EinsenderInnen von Manuskripten und Briefen erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden.

Eigentumsvorbehalt:

Die Zeitschrift ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INNENPOLITIK		117 Inhalt	FRAUEN IN BEWEGUNG	
04	Integrationsfieber		15	Gewalt gegen Frauen – weltweit
05	Kampf der Privilegierten		INTERNATIONAL	
06	Gesundheitsprämie – Etikettenschwindel der Firma Stoiber&...		16	Wahlen in der Ukraine
08	Agenturschluss – Brücke zum Protest?		18	Irak: Einheit statt Demokratie
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT			19	Der Club der Auserwählten
10	Welche Arbeit in den Gewerkschaften?		20	Regierungsbeteiligung der KP Iraks
SCHWERPUNKT			GESCHICHTE	
11	Abschied von Privilegien		22	Deutsche Kommunisten
12	Tarifrunde Öffentlicher Dienst		AUS DEM RSB	
14	Das neue Hessische Schulgesetz	23	RSB-Fest in München	

Nato-Sicherheitskonferenz



Seit vier Jahren wird in München groß gegen die jährliche NATO-Sicherheitskonferenz mobilisiert. Auch dieses Jahr hat sich wieder ein breites Bündnis gebildet. Am Freitag, 11. Februar, wird gegen die BDI- und Bankentagung demonstriert. Am Samstag, 12. Februar, wird wieder eine internationale Demo gegen die Kriegstagung stattfinden.

| 24

Gegen den Ausverkauf im Öffentlichen Dienst

Das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) rechnet im Jahr 2005 mit einem Kaufkraftverlust der abhängig Beschäftigten. Den erwarteten „bescheidenen“ Lohnerhöhungen stünden z. B. die erhöhten Zahlungen für die Krankenkassen (für Zahnersatz u. Krankengeld) ab Mitte des Jahres gegenüber.

Unter diesen Voraussetzungen ebnet die ver.di-Führung den Angriffen der Öffentlichen „Arbeitgeber“ in zweifacher Hinsicht den Weg:

- In den Verhandlungen zur Tarifreform gibt die ver.di-Bürokratie in weiten Bereichen den Regierenden nach und steht offenbar kurz vor einem Abschluss: Dann liegen die Tarife im Durchschnitt unter dem heutigen Stand; fallen familienbezogene Gehaltsbestandteile sowie der Orts- und Sozialzuschlag; wird eine Niedriglohngruppe mit 300 Euro unterhalb der bisher niedrigsten Gehaltsgruppe eingeführt und die Arbeitszeit flexibilisiert. Verdi feiert diese (fast fertige) „Tarifreform“ als „Jahrhundertwerk“ und preist sie als „zukunftsweisend“, damit die KollegInnen gar nicht erst mitbekommen, wie sie über den Tisch gezogen werden.
- Ver.di stellt keine Tarifforderung auf, weil mensch die Kosten der Tarifreform für die Öffentlichen Haushalte begrenzen will. Diese Begründung ist unter der

Maßgabe der damit von den Regierenden angestrebten Einsparungen eine bodenlose Frechheit. In Wirklichkeit haben sich ver.di-Vorstand und Tarifkommission auf die Sparpolitik eingelassen. Abgesehen von der gesellschaftlich gebotenen Umverteilung von Haushaltsmitteln (etwa weg von der Rüstungsindustrie usw.) muss gerade den Verdi-FunktionärInnen eines klar sein:

Geld ist genug da!

Man muss es nur da holen, wo es ist. Schließlich hat gerade das Ressort Wirtschaftspolitik von ver.di (www.wipo.verdi.de) nachgewiesen: In den letzten 25 Jahren sind die Gewinnsteuern drastisch gesunken (von 29% auf 14%). Dadurch verliert der Staat jedes Jahr ein Mehrfaches von dem, was er allein schon über die (1996 erfolgte) Abschaffung der Vermögenssteuer verliert. Zusammen genommen sind dies – gegenüber der Zeit vor den drei letzten Steuerreformen – jährlich 70 bis 80 Mrd. Euro, die der Staat jetzt bei den Lohnabhängigen wie bei den Bedürftigen einzusparen sucht.

Allein die Einführung einer Vermögenssteuer von 1% auf alle Vermögen über 500 000 Euro brächte dem Staat 16 Mrd. Euro. Aber das Gegenteil wird umgesetzt. Mit der Senkung des Spitzensteuersatzes ab

1. Januar auf 42% spart etwa ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank 20 000 Euro jeden Monat!

Widerstand organisieren!

Bisher gab es eine Vielzahl von Protestresolutionen. Der Wille der aktiven Vertrauensleute in den Betrieben ist erkennbar. Viele KollegInnen haben von all den Zumutungen des vergangenen Jahres die Schnauze voll und sind bereit zur Gegenwehr – vorausgesetzt es bietet sich eine glaubwürdige Mobilisierungsperspektive.

Genau die will die ver.di-Führung aus Gründen neoliberal geprägter Staatsräson vermeiden. Deswegen bleibt es bei ein paar Sonntagsreden, um die Mitglieder bei der Stange zu halten. Aber Tarifreform und Lohn- und Gehaltsabschluss sollen möglichst rasch über die Bühne gezogen werden. Unter diesen Bedingungen kommt es auf die Entwicklung eines *organisierten Widerstands von unten* an: Überall müssen jetzt Basisaktivitäten entwickelt und der Wille zur Gegenwehr artikuliert werden. Die Opposition in ver.di muss sich weiter formieren. Sie muss einheitlich, bundesweit ein kämpferisches Programm zur Tarifrunde formulieren und unter den KollegInnen verbreiten. Dazu ist die Hilfe der Gewerkschaftslinken und der engagierten KollegInnen anderer Gewerkschaften gefordert.

Politisches Sekretariat des RSB,

Integrationsfieber

Fast alle Parteien, Medien und gesellschaftlichen Einrichtungen – Schulen, Kirchen, sogar einige MigrantInnenorganisationen, etc. – wollen MigrantInnen in die „deutsche“ Gesellschaft integrieren – als ob sie nach so vielen Jahren nicht ein Teil dieser Gesellschaft wären.

Die verbreitete Inanspruchnahme und Beliebtheit des Begriffes „Integration“ macht es schwierig, gegen das in diesem Begriff steckenden Konzept zu sprechen bzw. sich mit diesem Begriff auseinanderzusetzen. Verdächtig wird die Person, die den Sinn der Integration hinterfragt oder sie überhaupt in Frage stellt.

Von der Integration...

Auf die Fragen, wie diese Integration aussehen und wer sich integrieren soll, wird in der Regel so reagiert: Integration sei ein gegenseitiger Prozess, in dem ein Geben und ein Nehmen zwischen der Mehrheitsgesellschaft und MigrantInnen stattfindet. Damit soll der Verdacht aus der Welt geschaffen werden, dass die eine Gruppe sich der anderen Gruppe unterzuordnen hat. Aber, sowohl das Zuwanderungsgesetz als auch die Äußerungen der PolitikerInnen lassen keinen Zweifel daran, dass die Integration einen Anpassungszwang bedeutet. Es wird ein Erwartungskatalog für die MigrantInnen aufgestellt, in dem die Logik der bisherigen Politik gegenüber den MigrantInnen weiter existiert: Es gibt für MigrantInnen (im offiziellen Jargon „die zu uns kommenden Menschen“) überwiegend Pflichten, aber fast keine Rechte. Mensch erwartet von ihnen, dass sie sich in die „deutsche“ Gesellschaft integrieren.

Die deutsche und – um den Vorwurf des Nationalismus zu vermeiden auch – die europäische Wertegemeinschaft werden als Richtschnur für MigrantInnen definiert. Dies ist doppelt problematisch: Erstens gibt es keine solchen homogenen Wertegemeinschaften weder in Deutschland noch anderswo – und das ist gut so! Zweitens ist jeder politische Versuch, der gegenüber der kulturellen Vielfalt solche homogenen Gesellschaftsentwürfe beinhaltet, als totalitär zu bekämpfen.

Es ist auch nicht zufällig, dass in diesen Integrationsdebatten wieder einmal der Kampfbegriff „deutsche Leitkultur“ salonfähig geworden ist. Was hinter diesem Begriff steht, ist eine Hierarchisierung der Kulturen, die die eigene besser darstellt als die andere.

... zur Leitkultur.

CDU/CSU sagen klar und deutlich, woran sich die MigrantInnen anzupassen haben:

an „die deutsche Leitkultur“. Andere (wie SPD, Kirchen etc.) benutzen zwar diese Bezeichnung nicht ausdrücklich, meinen aber dasselbe. Als vor vier Jahren die CDU-Spitzen Merz und Schönbohm diesen Begriff einbrachten, ernteten sie zu recht von verschiedenen Seiten herbe Kritik. Heute hat der Begriff „Leitkultur“ einen offiziellen Stellenwert in den „christlichen Volksparteien“, wie zuletzt bei dem CDU-Parteitag beschlossen wurde: „Wer unsere Werteordnung – unsere freiheitliche demokratische Leitkultur – ablehnt oder sie gar verhöhnt und bekämpft, für den ist in unserem Land kein Platz.“ Also, alter Wein in neuen Schläuchen. Merz und Schönbohm können sich freuen, dass endlich mal ihr Konzept bei ihren ParteigenossInnen – aber nicht nur bei denen – auf eine breite Zustimmung stößt. Worauf die heutige Integrationspolitik zielt, ist die Unterwerfung der MigrantInnen unter diese „deutsche Leitkultur“. Und diese Leitkulturgesellschaft findet ihre Feinde in den angeblich bereits existierenden „Parallelgesellschaften“.

Parallelgesellschaften

Die PolitikerInnen und Medien (auch teilweise mit Beteiligung der WissenschaftlerInnen) haben in letzter Zeit die Parallelgesellschaften in Deutschland entdeckt. Diese seien von MigrantInnen geschaffen worden und stellen große Hindernisse für die gelungene Integration dar. Die vom Innenminister Schily und seinesgleichen in der CDU/CSU erfundenen, abgekapselten – dem Zeitgeist entsprechend „muslimischen“ – Gesellschaften seien eine Gefahr und Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland, weswegen sie auch bekämpft werden sollen. In dieser Bedeutung bildet dieser Begriff einen rassistischen Kampfbegriff gegen die MigrantInnen.

Jenseits dieser hysterischen Bedrohungsszenarien kann das Thema aus einer anderen Perspektive analysiert werden. In der Tat gibt es in allen kapitalistischen Gesellschaften Parallelgesellschaften in verschiedener Art und Weise. Diese sind nicht unbedingt bewusst gewählte Gesellschaften bzw. Welten, sondern sie sind das Ergebnis der bereits existierenden gesellschaftlichen Verhältnissen: Die Welt der

ArbeiterInnenklasse (mit oder ohne Arbeit) ist nicht die der KapitalistInnen, die patriarchalische Männergesellschaft ist nicht die der Frauen und die Welt der MigrantInnen nicht die gleiche wie die der Nicht-MigrantInnen. Es gibt aber auch natürlich dieselben Erfahrungen der ArbeiterInnenklasse, Frauen und MigrantInnen, und zwar die Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung.

Dennoch gibt es eben auch Unterschiede, die zu berücksichtigen sind, um vereinfachte Erklärungen zu vermeiden. Jahrelang wurden hierzulande MigrantInnen rechtlich und sozial mit besonderen Situationen konfrontiert: ungeschütztere und schlechtere Arbeits- und Wohnverhältnisse, rechtliche Unsicherheiten oder Sondergesetze (Weigerung der politischen Partizipation) und soziale Isolation in bestimmten Stadtteilen. Diese gesellschaftlichen Verhältnisse bringen MigrantInnen ins Abseits der Gesellschaft, sozusagen in eine „Parallelgesellschaft“, ob sie dies nun wollen oder nicht.

Kampf für ein gleichberechtigtes Leben für alle!

Das eigentliche Problem liegt darin, dass die MigrantInnen bisher immer als ein „Fremdkörper“ in Deutschland gesehen und wahrgenommen worden sind und nicht als ein Teil dieser Gesellschaft. Die Erfindung einer Leitkultur ist Folge bzw. Hintergrund dieser Ausgrenzungspolitik. Die Ausgrenzung und Ausbeutung von MigrantInnen ist ein gesellschaftliches Problem, das mit dem Funktionieren des heutigen kapitalistischen Systems eng verbunden ist. Das ist die eine Seite der Medaille, auf der anderen Seite stehen zusätzliche rechtliche und politische Diskriminierungen von MigrantInnen, die die gesellschaftliche Partizipation von MigrantInnen verhindern. Unsere Antwort auf den Integrationsdruck muss deshalb einen Kampf sowohl gegen die deutsche Leitkultur beinhalten als auch gegen das kapitalistische System, das die Ausbeutungs- und Ausgrenzungsverhältnisse immer wieder reproduziert.

Muhterem Can

Was steht hinter der privilegierten Partnerschaft der CDU?

Kampf der Privilegierten

Die CDU/CSU sind dafür eingetreten, dass der Türkei statt einer Mitgliedschaft in der EU eine privilegierte Partnerschaft angeboten werden soll.

Die Politik mit den Privilegien scheint für die CDU-PolitikerInnen – aber nicht nur für sie – eine grundlegende Sache zu sein: ein konkretes Beispiel bietet der CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer mit seinen zusätzlichen Gehältern und für ihn verbilligten Strom und Gas. Auch das Privileg der deutschen Leitkultur ist im Spiel.

Privilegien der Politik

Die Privilegien sind für die PolitikerInnen kein fremdes Thema. Sie genießen nicht nur Vorteile, die sie wegen ihres Sitzes im Bundestag oder in Landesparlamenten ergattern, sondern sie erhalten auch weitere Vergünstigungen oder Beratungshonorare von den kapitalistischen Firmen. Natürlich sind solche Privilegien immer wieder mit den Diensten für die private Wirtschaft verbunden. Der Weg von diesen innenpolitisch normalisierten Privilegien zur Idee der privilegierten Partnerschaft der CDU mit der Türkei ist dann nicht sehr weit.

Die Misere der Türkei-Politik der CDU

Die Präsidien der CDU und CSU hatten am 7. März 2004 den Beschluss „*Privilegierte Partnerschaft. Die europäische Perspektive für die Türkei*“ gefasst, der als Orientierung bei den EU-Türkei-Verhandlungen dienen sollte. Die wesentlichen Punkte einer „privilegierten“ Beziehung lauteten folgendermaßen: „So könnte eine alle Gütergruppen umfassende Freihandelszone geschaffen werden. Weiterhin könnte die Zusammenarbeit vertieft werden – insbesondere zur Stärkung der Zivilgesellschaft, des Umweltschutzes, zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, im Gesundheits- sowie im Bildungsbereich.“ Diese nichtssagende Orientierung wurde weder in Deutschland noch in anderen konservativen Regierungen und ParlamentarierInnen der EU so ernst genommen, wie die CDU sich gewünscht hatte. Kurz vor dem EU-Gipfel am 17. Dezember 2004 verzichtete die CDU-Chefin Merkel für die privilegierte Partnerschaft mit der Türkei zu werben. Diese außenpolitische Niederlage wird jedoch nichts daran ändern, dass wir mit den innenpolitisch kalkulierten Folgen dieser CDU-Politik zu tun haben werden.



Merkel gegen den EU-Beitritt der Türkei

Rattenfänger und Hetzer mit Verantwortung

Die Unionsfraktion hatte im Bundestag davor gewarnt, dass ein Beitritt der Türkei die Bandenkriminalität, islamistische Bedrohung und terroristische Gefahr nach Deutschland mitbringen würde. Diese Bedrohungsszenarien zeigen, wohin der Hase laufen wird. Angela Merkel und Edmund Stoiber haben sich beschworen, dass sie „alles unternehmen“ werden, damit die Türkei nicht in die EU aufgenommen wird. Dieses „alles“ ist in der Tat eine große Bedrohung!

Angela Merkel verspricht im Bundestag, dass ihre Partei 2005 und im Wahljahr 2006 das Thema des EU-Beitritts der Türkei mit der deutschen Bevölkerung diskutieren werde – als ein Teil der tapferen Verteidigung des christlichen Abendlandes. Sie denunziert sich dabei selber, indem sie sagt: „Ich glaube, wir alle sind uns darüber einig, dass wir ein solches Thema nicht Rattenfängern und Hetzern überlassen dürfen, sondern diese Debatte verantwortlich führen müssen.“ Wir kennen das: Immer wenn die CDU und andere Parteien rassistische und faschistische Argumente aufgriffen, um ihr

„deutsches Wahlvolk“ zu erreichen, benutzten sie diese Begründung. Dabei war und ist der Unterschied zwischen den unverantwortlichen Rattenfängern und Hetzern und denen mit Verantwortung nicht so groß: Die einen sind BrandstifterInnen und die anderen geistige BrandstifterInnen.

Kampf der Kulturen

Die Diskussionen über den Anfang der EU-Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei waren für rechte Parteien – von schwarz bis dunkelbraun – ein willkommener Anlass dafür, das von Türken, Islamisten etc. bedrohte Deutschland auszumalen. Wir können davon ausgehen, dass die CDU in den kommenden Jahren es mit ihrer auf die „deutsche Leitkultur“ gestützten Kampfansage ernst meint. Natürlich kann die CDU mit modernen Kreuzzügen nicht nach Konstantinopel marschieren und die EU-Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei verhindern; aber was sie sicherlich schaffen kann, ist wieder eine rassistische Hetzkampagne gegen die Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland anzuzetteln. Die Zeichen sind schon da!

Muhterem Can



Stimmungsmache gegen die Türkei vor der Bundestagswahl

„Gesundheitsprämie“

Etikettenschwindel der Firma Stoiber&Merkel

George Orwell hatte sie eigentlich schon für 1984 prognostiziert, aber so richtig in den allgemeinen Sprachgebrauch eingedrungen ist die „Neusprache“ erst Jahre später – zumindest in der Gesundheitspolitik. Die neueste Wortschöpfung orwell'scher Provenienz ist die sogenannte „Gesundheitsprämie“.

Dieses Wort muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Eine Prämie für Gesundheit, das klingt positiv, das klingt gesund, das klingt nach Belohnung – und gar nicht so grob und brutal wie zum Beispiel „Kopfpauschale“. Gemeint ist natürlich, wie in der Neusprache üblich, das Gegenteil. Erstens dreht es sich nicht um Gesundheit, sondern um Krankheit, und zweitens handelt es sich auch nicht um eine Belohnung, sondern um schlichte Abzocke.

Der Herr Seehofer von der CSU ist wahrlich kein angenehmer Zeitgenosse. Aber wo er recht hat, hat er recht: Bei dieser neuesten Missgeburt, aus der Ehe zwischen CSU und CDU hervorgegangen, handelt es sich tatsächlich um ein bürokratisches Monstrum, dessen Lebenserwartung noch unter der der beiden seehofer'schen „Gesundheitsreformen“ aus den neunziger Jahren liegen dürfte. Und dass das auch allen Beteiligten klar ist, das zeigten unter anderem die heftigen Reaktionen auf des Ex-Gesundheitsministers Horst Seehofers Kritik – getroffene Hunde bellen.

Bürgerversicherung versus Pauschale?

Bei der Beurteilung des jetzt vorliegenden Kompromisspapiers muss man unterscheiden zwischen der zugrundeliegenden Absicht – die zwischen den Beteiligten unstrittig ist – und dem Streit darüber, wie diese umzusetzen sei. Zunächst einmal die Absicht: Da braucht man nicht zu mutmaßen, die hat die CDU dankenswerterweise direkt auf ihre Homepage gesetzt: „Abkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnnebenkosten durch Festschreibung des Arbeitgeberbeitrags (und) ...Umstellung von prozentualem Beitrag auf Gesundheitsprämie.“

Bei der Frage, wie man dieses vom Kapital geforderte Ziel am einfachsten und für dieses am vorteilhaftesten erreicht, gingen dann die Meinungen auseinander. Denn einerseits hat Herr Stoiber von der CSU die Hoffnung immer noch nicht ganz



Merkel und Stoiber einigen sich in Fragen der „Gesundheitsreform“

aufgegeben, Bundeskanzler zu werden und hatte sich deshalb mit Seehofer verbündet, um ein eigenes Modell präsentieren zu können. Und andererseits war Frau Merkels Konzept der Kopfpauschale in der Öffentlichkeit, weil mit keinerlei sozialem Mäntelchen behängt, derart unpopulär (Originalton Seehofer: „Sympathiekiller“), dass die SPD das Angebot dankbar annahm und ihr – ebenso unsoziales, aber besser verkaufbares – Modell der sogenannten Bürgerversicherung flugs als den nächsten Wahlkampfschlager aus dem Hut zog.

Weil aus den genannten Konkurrenzgründen bei den Verhandlungen zwischen CDU und CSU keine/r ohne Gesichtsverlust von seiner Position herunterkam, entstand dann das, was uns jetzt als „Gesundheitsprämie“ präsentiert wird.

Und dann wurde es peinlich:

Denn ausgerechnet der Auftraggeber, nämlich die Unternehmerverbände und ihr Lautsprecher, die FDP, ließen an dem, was da in den Verhandlungen herausgekommen war, kein gutes Haar. Da können sie ja gleich mit der jetzigen Koalition weiterregieren, denn den Arbeitgeberbeitrag einfrieren wollen

zum Beispiel die Grünen auch und die ganze komplizierte Rechnerei mit Steuerzuschüssen passt nicht ins Konzept der ebenfalls vom Kapital geforderten weiteren Senkungen des Spitzensteuersatzes. Deswegen ist auch nicht davon auszugehen, dass diese „Gesundheitsprämie“, sollte die CDU/CSU die nächste Regierung stellen, in dieser Form kommen wird. Es wird mit Sicherheit noch schlimmer kommen.

Dabei reicht es schon, was da so alles geplant ist: Der Arbeitgeberanteil wird festgeschrieben, ein Teil der Gelder wird über eine Kopfpauschale von 109 Euro aufgebracht, ein anderer Teil aus Steuermitteln, und dann wird noch (wahrscheinlich zur Versorgung notleidender Politiker) ein bürokratischer Wasserkopf den Krankenkassen vorgeschaltet, der – nach Abzug seiner Unkosten – einen Teil der Gelder verwaltet bzw. verteilt (s. Kasten). Das Perfide daran ist, dass das zum einen die Verfügung der selbstverwalteten Kassen über die Gelder einschränkt und zum zweiten der Möglichkeit Tür und Tor öffnet, bei Sinken der Steuereinnahmen einfach den Zuschussbetrag zu kürzen und dafür die Pauschale zu erhöhen.

Und genau das ist auch der Grund, warum dieses Modell keine lange Halbwertszeit haben wird.

Lohnnebenkosten senken

Die Finanzierung steht auf tönernen Füßen. Es kann davon ausgegangen werden, dass das alle Beteiligten auch wissen – Seehofer wollte deshalb nicht mehr mitspielen und machte den Spielverderber – besonders peinlich, weil man ihm leider nicht mangelnden Sachverstand nachsagen konnte. Vielleicht hat er da etwas nicht ganz begriffen: Es ging und geht weder bei der Variante Kopfpauschale, noch bei der „Gesundheitsprämie“ darum, ein langfristig tragfähiges System einer allgemeinen Krankenversicherung zu entwickeln. Es geht wesentlich seit mindestens 15 Jahren immer um das Gleiche:

- Erstens darum, den Wünschen des Kapitals nach Senkung der sogenannten Lohnnebenkosten entgegenzukommen (deutlicher gesagt um Lohndrückerei, denn natürlich ist der „Arbeitgeberanteil“ ein schlichter Lohnbestandteil).
- Zweitens darum, bei zementierter Massenarbeitslosigkeit die Bevölkerung schrittweise an den Gedanken zu gewöhnen, dass sich jede/r um seine Krankheitskosten gefälligst selbst zu kümmern hat.
- Und drittens um einen nicht unwesentlichen ideologischen Effekt: Die bisherige Staffelung der Beiträge nach Einkommen (auch wenn sie durch die Beitragsbemessungsgrenze etc. schon immer kein wirklicher gesellschaftlicher Solidarausgleich war, sondern einer, der das obere Drittel der Gesellschaft ausparste oder begünstigte) hat für die VerfechterInnen der reinen Marktwirtschaftslehre den großen Nachteil, dass sie offen den Solidargedanken beinhaltet. Und der soll raus aus den Köpfen. Hat man das erst einmal geschafft, dann ist der Weg frei zu amerikanischen Verhältnissen, hierzulande bereits seit über zehn Jahren von der FDP propagiert: Jede/r ist seines Glückes Schmied, und jede/r bekommt soviel und so gute Versorgung, wie er/sie es sich leisten kann – der Rest ist auf eine Art Minimal- oder Bodensatzversorgung angewiesen, die noch dazu sich danach bemisst, was der Steuersäckel gerade hergibt – oder auch nicht.

Ein florierendes Geschäft

Ein weiterer Punkt, der allerdings bei allen Modellen, ob nun CDU, CSU, FDP, SPD oder Grüne sich zu diesem Thema einlassen,

schamhaft verschwiegen oder allenfalls am Rande erwähnt wird, ist, dass es sich inzwischen bei dem, was so sanft und orwellsch als „Gesundheitswesen“ umschrieben wird, längst um einen der größten und florierendsten Industriezweige der westlichen Industrieländer handelt. Der funktioniert nach den ganz gewöhnlichen kapitalistischen Marktgesetzen und seine Entwicklungschancen hängen nicht unwesentlich davon ab, dass das freie Spiel der Marktkräfte gefälligst nicht von regulierenden Maßnahmen beeinträchtigt wird, wie zum Beispiel einer solidarischen Einheitsversicherung.

Natürlich drückt die CDU/CSU das nicht so aus. Sie findet dafür andere Worte: „(Eine) Einheitsversicherung (ist) mit freiheitlichem Staatsverständnis nicht vereinbar“, kann man auf der Homepage der CDU lesen. Dann wird noch gedroht: dabei handele es sich um eine „Zwangsversiche-

rung für alle“. Und als nächstes macht sie sich auch noch herzergreifend Sorgen um die Ärmsten in diesem Lande, nämlich um den „Grundrechtsschutz bislang privat Versicherter“ und die „Berufsfreiheit privater Krankenversicherter“, wenn es denn zu einer Einheitsversicherung käme. Mit anderen Worten: Eine Einheitsversicherung ist nicht möglich, weil dann niemand mehr Werbeprämien und Beiträge von Privatversicherten kassieren kann und weil dies gegen das grundlegende Menschenrecht auf Profit verstößt.

Vielleicht sollten sich Frau Merkel und Herr Stoiber einmal Sorgen um das Grundrecht auf Gesundheit machen. Aber vermutlich ist das ja wieder mit einem freiheitlichen Staatsverständnis nicht in Einklang zu bringen....

Thadeus Pato

Poll-Tax – Kopfsteuer

Kopfsteuern oder – auf Englisch – poll taxes waren in der Geschichte immer schon ein beliebtes Mittel der Unterdrückung und Umverteilung von oben nach unten.

Im Gegensatz zu nach Einkommen gestaffelten Abgaben bedeutet eine Kopfsteuer oder, wie heute bei den Plänen der CDU/CSU für eine Kopfpauschale in der Krankenversicherung, dass jede/r BürgerIn, unabhängig vom Einkommen, eine bestimmte feste Summe entrichten muss. Klar ist, dass das die Bezieher niedriger Einkommen besonders hart trifft, während mit steigenden Einkünften die Steuer zum besseren Trinkgeld gerät.

Bekannt geworden ist die poll tax in den USA, um nach Einführung des Wahlrechtes für Schwarze diese mit einem Trick vom Wählen abzuhalten. Besonders die Bundesstaaten im Süden führten damals eine Kopfsteuer ein, deren Bezahlung Voraussetzung für die Berechtigung zum Wählen war. Ausgenommen war, wessen Großvater bereits gewählt hatte, so dass die Schwarzen durchweg zahlen mussten – aber meistens nicht konnten. Erst die Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen führte über ein Urteil des höchsten Gerichts in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts schließlich zum Verbot dieser Kopfsteuer in allen Bundesstaaten.

Schon unter Thatcher..

Aber bereits im mittelalterlichen England zeigte sich, dass die soziale Ungerechtig-

keit, die mit dieser Art von Steuer verbunden ist, durchaus von den Betroffenen als solche wahrgenommen wurde, und die Einführung einer Kopfsteuer für alle Bürger über 15 Jahren (zur Finanzierung des Krieges gegen Frankreich 1380) führte zum großen Bauernaufstand von 1381, der zwar mit der Ermordung des Anführers, Wat Tyler, endete, aber das Ende der Kopfsteuer und der Leibeigenschaft bedeutete.

Als Margaret Thatcher die Kopfsteuer in Großbritannien Ende der achtziger Jahre wiedereinführte, bedeutete das das Ende ihrer Amtszeit: Massenproteste und organisierter Steuerboykott führten zum Aufstand in ihrer eigenen Partei und ihr Nachfolger John Major musste die poll tax wieder abschaffen.

Auch die Kopfpauschale, die hierzulande von einigen Parteien für die gesetzliche Krankenversicherung geplant ist, bedeutet, auch wenn offiziell eine so genannte „soziale Komponente“ eingebaut werden soll, eine Kopfsteuer mit massiver Lastenumverteilung von oben nach unten. Aber die geschichtliche Erfahrung weist auch den Weg, wie man derartige Raubzüge verhindern kann.

Thadeus Pato

Agenturschluss Brücke zum Protest?

Unter dem Motto *Agenturschluss* fanden am 3. Januar in über 45 Städten Proteste gegen Hartz IV statt.



Transparent zur Aktion *Agenturschluss*

Die Idee ging vom Kongress „Die Kosten rebellieren“ aus, der Ende Juni 2004 in Dortmund stattfand und sich mit fast allen Gesichtspunkten der Prekarisierung der Arbeit auseinandersetzte. Dort wurden u.a. deregulierte Arbeitsverhältnisse, Outsourcing von Dienstleistungen, Flexibilisierung der Arbeit und die Schaffung eines staatlich geförderten Niedriglohnsektors besprochen und kritisiert.

Aus der Diskussion erwuchs die Aktion *Agenturschluss*, die zu Protesten in und um die örtlichen Agenturen für Arbeit am 3.1.2005 aufrief, um den Start von Hartz IV zu stoppen. „Unser Ziel ist es, uns in den Ämtern zu versammeln, den Betrieb lahm zu legen und dort zu protestieren und zu diskutieren“, hieß es in dem Aufruf.

Das Echo

Die Konferenz „Die Kosten rebellieren“ und das mit dem Netzwerk der Gewerkschaftslinken verbundene *labournet* hatten mit *Agenturschluss* vor, die Erwerbsloseninitiativen vor allem mit Selbstorganisationen der MigrantInnen und GewerkschafterInnen zusammenzubringen. In der Vorbereitungsphase von *Agenturschluss* beteiligten sich nur einige Menschen in wenigen Städten an sog. „Nikolausaktionen“ vor

Arbeitsagenturen. Am 3. Januar fehlten die Erwerbslosen, die zu den Montagsdemonstrationen gekommen waren; es fehlten die MigrantInnen ebenso wie die GewerkschafterInnen. Die Gewerkschaft ver.di lehnte die Aktion ab. Angeblich richte sie sich an die falsche Adresse und gegen die Beschäftigten. Das fiel der ver.di-Bürokratie erst spät ein. Denn die monatlichen Protesttage vor der Bundestagswahl 1998 fanden damals – mit Unterstützung der Gewerkschaften – vor allem vor den Arbeitsämtern statt. Aber da hieß der Bundeskanzler noch Kohl und nicht Schröder.

Ein positives Echo fand *Agenturschluss* überwiegend in der ehemals „autonomen“ Szene, wo immer mehr Menschen direkt von Sozialabbau bzw. Hartz IV betroffen sind und die soziale Frage wieder entdecken. Hier wird vor allem der repressive Charakter der „Arbeitsagenturen“ betont, die zur „Arbeitspolizei“ werden.

Kaum Aktionseinheiten, kaum Perspektiven

Hatte sich die ehemals „autonome“ Szene nicht an den Montagsdemonstrationen beteiligt, so ignorierte das, was von den Montagsdemonstrationen übriggeblieben ist, weitgehend den *Agenturschluss*. Der

MLPD passte die Aktion nicht ins Konzept – vor allem, weil der Vorschlag nicht von ihr kam.

Andererseits machten es die ehemaligen „Autonomen“ nicht gerade leicht, zu gemeinsamen Aktionen zu kommen. Traditionell wird hier mehr Wert auf die Aktionsformen als auf die Inhalte gelegt. So war in Kiel von „neuen Formen des Protestes und der Gegenmacht“ und vom „ersten Erwerbslosenstreik“ die Rede. In Oberhausen wollte mensch am 3. Januar „einen neuen Raum öffnen zur Kommunikation für Erwerbslose“. Als Kehrseite der Selbstüberschätzung fehlte die inhaltliche Perspektive. Hier war es wichtig, die Forderungen nach *30 Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich* und nach *1.500 Euro Existenzgeld brutto* zu verbreiten.

So bleibt *Agenturschluss* eine nützliche, wahrscheinlich einmalige Aktion, die durch ihr Medienecho über Hartz IV Bewusstsein schaffte. Sie war grundsätzlich zu unterstützen, wie auch die Montagsdemonstrationen und jede noch so kleine Aktion gegen Hartz IV und die Agenda 2010 zu unterstützen waren und sind. *Agenturschluss* konnte aber keine Brücke sein, um die Proteste gegen Hartz IV wieder anzufachen und erneut viele Erwerbslose auf die Straße zu bringen, weil die Aktion kein vorher und nachher hat. Zudem haben die unmittelbar von Hartz IV Betroffenen alle Hände voll zu tun, um über die Runden zu kommen. Viele haben auch resigniert, weil die Proteste das Gesetz nicht verhindert haben. Es wird aber sinnvoll bleiben, lokale Aktionen für den Februar zu planen, denn die Betroffenheit wird steigen.

B.B.

– Anzeige –

Der virtuelle Treffpunkt der Gewerkschafts- und Betriebslinken



www.labournet.de

Siemens: Ergänzungs-Tarifvertrag wird verhandelt

Siemens will sein Geschäft in Deutschland stärken. Dazu wurden die Niederlassungen in einer neuen Region Deutschland zusammengefasst. Siemens verlangt ein neues Tarifmodell mit höheren variablen Einkommensanteilen und längerer Arbeitszeit und verhandelt derzeit darüber mit der IG Metall.

In der ersten Verhandlungsrunde am 27.11.04 hat Siemens seine Forderungen konkretisiert:

- Arbeitszeitverlängerung auf 37 Stunden pro Woche
- Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld
- Neue Eingruppierung, die das Grundgehalt verschlechtert

Siemens bietet:

- Keine Beschäftigungssicherung, aber
- Standortgarantie für die Niederlassungen

Siemens will damit den bestehenden Ergänzungsvertrag (Servicetarifvertrag), der schon für einen Großteil der in den Niederlassungen Beschäftigten gilt, noch einmal verschlechtern. Der neue Tarifvertrag soll für alle Beschäftigten der Niederlassungen gelten, einschließlich vieler gemeinsamer Dienste wie SRE, Kasino, Personalabteilung sowie SBS und Stammhausabteilungen.

Überschlägig würde der hochprofitable, im Geldschwimmende Konzern allein von den 12.000 Beschäftigten, für die bislang der Flächentarif gilt, mindestens 25 Mill. Euro einsacken.

Erst im Juli hat Siemens ein Rahmenabkommen mit der IG Metall vereinbart, die wirtschaftliche Notwendigkeit nachzuweisen, falls Tarifverschlechterungen verlangt werden. Siemens kann dies nicht; wie auch, bei einem Rekordergebnis von 3,4 Mrd. Euro Gewinn nach Steuern.

Einigt man sich nicht, droht Siemens mit der Schließung kleinerer Standorte, Abdeckung von Service und Montage durch Unternehmen im angrenzenden Ausland und Ausgliederung.

Zur zweiten Verhandlungsrunde am 16.12.2004 fanden in den meisten Niederlassungen Aktionen, Info-Veranstaltungen und Betriebsversammlungen statt mit weit über 4.000 TeilnehmerInnen. An acht

Standorten gab es auch öffentliche Aktionen. In Frankfurt wurden die Verhandlungen mit Siemens unterbrochen, weil vor der NL eine Aktion von SBS und Sinitec stattfand. Die Resonanz war groß und erfuhr viel Unterstützung durch die Beschäftigten.

Viele Betriebsräte und Vertrauensleute u.a. von Sinitec und SBS kritisieren, dass die IG Metall überhaupt verhandelt, während gleichzeitig gut organisierte Sinitec-Standorte geschlossen werden sollen.

Damit die Kraft der Gewerkschaft richtig zum Tragen kommt, gehören alle Siemens-Belegschaften aufgerufen und informiert. Sonst wird wieder mal eine mangelnde Mobilisierung die Rechtfertigung der Gewerkschaftsbürokratie für Verzichtsvereinbarungen sein, und zwar mit der Behauptung: „Mehr war angesichts der geringen Kampfbereitschaft der Kollegen nicht drin!“

Carlo

Opel Bochum: Einheit für neue Aktion?

Nicht der „Kompromiss“ sondern seine mögliche Umsetzung sorgt in der Belegschaft von Opel Bochum für neuen Sprengstoff. Nur vereint kann es gelingen, General Motors noch einmal Druck zu machen.

Ab Anfang Januar wird zwischen dem Opel-Vorstand und dem Gesamtbetriebsrat weiter verhandelt. Das Kapital will in den kommenden zwei Jahren bis zu 1,5 Milliarden Euro einsparen.

Neuer Sprengsatz

Dafür sollen bei Opel Bochum 3500 Arbeitsplätze (9 500 bundesweit) vernichtet werden. Die verbleibenden 22 000 „MitarbeiterInnen“ sollen auf übertarifliche Zulagen verzichten und flexiblere Arbeitszeiten hinnehmen. Dem stimmte der Gesamtbetriebsrat für eine illusionäre Beschäftigungssicherung bis 2010 zu und unterwarf er sich der Profitlogik von General Motors. Der Konzern machte in den ersten 9 Monaten des Jahres 2004 rd. 3,1 Mrd. US \$ Gewinn.

Die 3500 KollegInnen sollen in eine Beschäftigungsgesellschaft gehen. Die Abfindungen sind so hoch, dass nicht wenige KollegInnen bereit sind, ihren Arbeitsplatz zu verkaufen. Aber die Geschäftsleitung will viele jetzt nicht gehen lassen, weil in Bochum die Produktion auf vollen Touren läuft. Wer jedoch jetzt nicht mit hoher Abfindung freiwillig gehen kann, wird vielleicht später zwangsweise mit niedrigerer bzw. ohne Abfindung in die Beschäftigungsgesellschaft „transferiert“.

Das sorgt in der Belegschaft für großen Unmut.

Verschiebung im Betriebsrat

Im Bochumer Betriebsrat, der aus den verschiedensten Gruppierungen besteht und nicht einheitlich ist, gab es Verschiebungen. Neuer Vorsitzender ist der frisch als Vize zurückgetretene Einkel. Er kritisierte die Einrichtung einer Einigungsstelle, die über mögliche Kündigungen entscheiden soll. Seine Kritik drückt eine Stimmung in der Belegschaft aus. Wahrscheinlich wird die Gruppe um Einkel die sozialpartnerschaftliche Politik seines Vorgängers Hahn fortsetzen.

Einheitsfront auf Betriebsebene

Entscheidend für Proteste waren und sind bei Opel weder die Betriebsräte noch die in den Medien so beachteten Streiksprecher, sondern die Vertrauensleute. Da nicht nur der Betriebsrat, sondern auch die Belegschaft in viele Meinungsströmungen und Gruppierungen zersplittert ist, stellt sich für sie das Problem der Einheit. Nur mit Bildung einer einheitlichen Front der Lohnabhängigen gegen General Motors sind selbst bescheidene Forderungen durchsetzbar.

Vielleicht ist es an der Frage der Abfindungen möglich – die nicht gerade die revolutionärste ist – erneut den Unmut der KollegInnen aufzugreifen und zu einer gemeinsamen Aktion zu kommen.

Aktionen vor der Landtagswahl!

Druck machen kann die Opel-Belegschaft aber nicht nur dem Kapitaleigner. Besonders die SPD geführte Landesregierung ist vor der Landtagswahl im Mai empfindlich. Demonstrationen und Aktionen zum Düsseldorfer Regierungssitz oder zu Auftritten der SPD-Politprominenz im Ruhrgebiet könnten für einigen Wirbel sorgen. Als politische Stoßrichtung bietet sich dabei die Forderung *Opel in Gemeineigentum! Enteignen statt entlassen!* an. Zur Vermittlung lässt sich dabei an der Landesverfassung NRW anknüpfen. Dort steht im Artikel 27 unter *Monopolbetriebe und Kartelle*: „(1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden. (2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht mißbrauchen, sind zu verbieten.“

B.B

Welche Arbeit in den Gewerkschaften?

Zwar gibt es einen nicht unbedeutenden Teil der Gesellschaft, der die Segnungen des Neoliberalismus ablehnt und in Teilbereichen auch dagegen angeht. Aber in der Gesamtkonstellation können die sozialen Bewegungen nur bedingt auf die Kräfteverhältnisse einwirken

Soziale oder sonstige Teilbewegungen tragen zweifellos zur Bewusstseinsentwicklung bei, aber sie haben nicht die Kraft, um nennenswert auf die politischen Entscheidungen Einfluss nehmen zu können. Ihnen stehen schlicht zu wenige soziale und ökonomische Druckmittel zur Verfügung. Die Montagsdemos haben gezeigt, dass ein Aufschrei der Entrüsteten nur begrenzten moralischen Druck ausüben kann. Dann, wenn dieser moralische Druck den Herrschenden keine unmittelbare Gefahr bedeutet (weil keine unmittelbare Ausweitung auf die Betriebe droht), brauchen Kabinett und Kapital die Proteste nur aussitzen, sie tot laufen lassen.

Eine Bedrohung sind sie nicht, weil sie den sozialen Frieden an der entscheidenden Stelle der Verwertungskette nicht in Frage stellen können, nämlich bei der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft. Ein schlüssiges Gegenkonzept zur kapitalistischen Organisation der Gesellschaft steht und fällt damit, dass zu *allererst* eine realistische Perspektive zur Änderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sichtbar werden muss. So lange es keine starke sozialistische Kraft in diesem Land gibt, kommen dafür – zumindest auf einer elementaren Klassenebene – nur die Gewerkschaften in Frage. Und so lange die Belegschaften nicht den Betriebsfrieden in Frage stellen, und vor allem so lange keine kollektiven, betriebsübergreifenden Aktionen zu befürchten sind, werden Kabinett und Kapital zu keinen Zugeständnissen bereit sein. Im Gegenteil, der Raubzug wird weitergehen, eventuell nur „besser vermittelt“. Geschieht also betrieblich und gewerkschaftspolitisch nichts Entscheidendes werden sich die Kräfteverhältnisse weiter verschlechtern.

Die Gewerkschaftsbürokratie gefährdet die Gewerkschaften

Inzwischen ist der Glaubwürdigkeitsverlust der Gewerkschaften so groß, dass nicht nur der Mitgliederschwund erschreckend ist. Vor allem die innere Bindung lässt zusehends nach. Deswegen braucht es an dieser entscheidenden Stelle in der Gesellschaft ein Neuaufstellen der Kräfte und dies kann nur organisiert geschehen. Die Gewerkschaftslinken muss sich also formieren und in absehbarer Zeit auch eine personelle (nicht nur eine inhaltlich-politische) Alter-



Treffen der Gewerkschaftslinken

native zum Schmusekurs der Gewerkschaftsführungen aufbauen.

Der Unmut über die Politik der Gewerkschaftsführungen ist bei aktiven GewerkschafterInnen sehr verbreitet. Aber um auf den Kurs einzuwirken, braucht es einen politischen und organisatorischen Kristallisationspunkt, auf den sich kritische und oppositionelle Kräfte beziehen können. Erst dann wird es möglich sein, diese Kräfte zu bündeln, so dass sie ihr Gewicht gemeinsam in die Waagschale werfen können. Nur so wird es den vielen ratlosen und verunsicherten KollegInnen möglich sein, überhaupt eine Alternative wahrzunehmen und z. B. den Verteidigern des sozialpartnerschaftlichen Kurses unangenehme Fragen zu stellen. Dadurch können sie für andere Beschlüsse eintreten und gegebenenfalls auch eigenständig aktiv werden, und zwar auf einer kämpferischen Linie. Erst dann werden die Dinge in Bewegung kommen.

Dafür braucht es ganz gewiss ein inhaltliches Fundament. Im Verlauf des Jahres 2004 ist in den Reihen der bisher existierenden „Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken“ die Einsicht gewachsen, dass ein Vernetzen nicht mehr reicht, weil dies der heutigen, dramatisch verschlechterten Situation in den Gewerkschaften nicht gerecht wird. Nicht zufällig steht dieser Punkt auf der Tagesordnung des Kongresses der Gewerkschaftslinken (s. Kasten).

Was kann eine Gewerkschaftslinken erreichen?

Vielen KollegInnen (und leider auch so manchen Linksradikalen) fehlt die Phantasie, sich vorzustellen, welche einen Unterschied es machen würde, gäbe es eine

bundesweit vernehmbare, einigermaßen strukturierte kämpferische Tendenz in den Gewerkschaften. Dabei haben bei verschiedenen Gelegenheiten sogar lokale Strukturen der Gewerkschaftslinken es vermocht, auf die Politik der Gewerkschaft Einfluss zu nehmen. So hat es seinerzeit bei der Riester'schen Rentenreform (Dez. 2001) durch eine Initiative linker Metaller in Stuttgart örtliche Kundgebungen gegeben, die, wären sie über eine entsprechende Struktur parallel in anderen Regionen angegangen worden, sich zu einer bundesweiten Bewegung hätten entwickeln können („Auf die Straße gegen Rentendemontage“).

Der Marsch der Mettinger DC-KollegInnen am 15. Juli 2004 auf der B 10 im Protest gegen die Erpressungspolitik von DC wurde von linken GewerkschafterInnen vorbereitet und initiiert. Der de facto Streik bei Opel Bochum vom 14.-20. Oktober 2004 war ebenfalls ohne die Arbeit linker Metaller (hauptsächlich Vertrauensleute) nicht denkbar.

Wenn sich all diese Kräfte *gemeinsam* organisieren und auf einer klassenkämpferischen klaren Grundlage bundesweit in Erscheinung treten, wird sich die gewerkschaftliche Landschaft zum ersten Mal seit vielen Jahren verändern können. Dazu ist die *tatsächliche Aktionseinheit* dieser Kräfte eine elementare Voraussetzung. Nur gemeinsam wird es möglich sein, zu einer Kraft zu werden, die wirklich nennenswerten Teilen der Klasse Orientierung bieten und eine Perspektive aufzeigen kann.

D. B.

Kongress der Gewerkschaftslinken

Kongress der Gewerkschaftslinken in Stuttgart: 14. 15. Januar. Beginn Freitag 18.00 Uhr

Das Programm ist runterzuladen unter <http://www.labournet.de/GewLinke/vers/kongress7/index.html>. Dort finden sich auch Vorbereitungspapiere. Anmeldung über ewald.wehner@t-online.de oder per Post über

Heinz-Günter Land, Postfach 1201, 64660 Alsbach-Hähnlein.

Abschied von „Privilegien“

Jede Tat braucht ihre Begründung. Man muss sie nur finden. Wer dabei noch fest gefügte Klischees bemüht, überzeugt am meisten.



Diese Fähigkeit zeichnet v. a. bürgerliche Politiker aus, die versuchen, Hartz IV bzw. Agenda 2010 dem 'Volk' als große soziale Wohltat und Notwendigkeit darzustellen.

Nun stellt Agenda 2010 so was wie ein Sammelbegriff dar, der den relativ positiv besetzten Ausdruck 'Reform' verwendet und eher als 'Deform' zu bezeichnen wäre: Abbau sozialer Leistungen mit allen sozialen und materiellen Konsequenzen für die davon Betroffenen zu Gunsten der Kapital-eigner und Reichen.

Das dabei verwendete Raster hat Löcher wie 'Flexibilität und Verlängerung der Arbeitszeit', Abbau sozialer Vergütungsbestandteile, Privatisierung der finanziell lukrativen Dienstleistungen des öffentlichen Dienstes, Leistungsanreize etc.

Wer unter diesem Gesichtspunkt die derzeitigen Gespräche von ver.di, DBB und BMI-Schily betrachtet, weiß sofort, dass es auch hier 'soweit' ist. Dabei ist es nicht so, dass nicht schon längst obiges Raster 'erfolgreich' im ÖD angelegt wurde: Das doppelrote Land Berlin fing vor 2 Jahren u.a. mit Arbeitszeitverkürzung ohne Personalausgleich an (bei entsprechender Gehaltsreduzierung!), in Hessen verlangte die Landesregierung von 'ihren' Beamten unbezahlte Mehrarbeit, altersabhängig zwischen 4 und 9%, etc.

Was jetzt zwischen ver.di, dem Beamtenbund und dem Bund läuft (die Länder haben sich hier ausgeklinkt) ist im Bereich Beamte etwas Systematisches und Grundsätzliches: Es ist die „Reform des Beamtenrechtes“, zu der „wir“ – also ver.di, der Beamtenbund und der Bundesinnenmini-

ster Eckpunkte vorgelegt haben (Bsirske im FR-Interview am 14.12.04).

Was haben 'wir' denn festgelegt?

Unter dem Leitsatz, dass das Beamtenrecht 'flexibilisiert und leistungsbezogener orientiert' werden muss, kamen u.a. folgende Eckpunkte als Ergebnis heraus:

Das Grundgehalt ist leistungsbezogen; es setzt sich aus einem Basisgehalt und aus Leistungsstufen zusammen. Dabei kann auch 'negative' Leistung festgestellt werden, was dann eine Gehaltsminderung zur Folge hat. Liegen momentan oder anfangs die Schwankungen zwischen 96% und 104%, soll die Schere später dann zwischen 90% und 110% aufgehen.

Dieses spalterische, entsolidarisierende und Konkurrenz schaffende (oder verstärkende) Vorgehen in der 'Leistungsent-

lohnung' wird verständlicherweise wenig Anklang bei den KollegInnen finden, die im 'Team', formal gleichberechtigt, arbeiten und nun den 'Chef' vom Team die – materielle – Belohnung einstreichen sehen. Lobende Worte (vielleicht eine Urkunde!) werden da eher wenig Begeisterung aufkommen lassen.

Es ist scharf zu verurteilen, dass ver.di die weitere Spaltung der KollegInnen unterstützt. Sie sieht darin "eine Förderung von Kompetenzen und Engagement der Beschäftigten!"

Unglaublich ist, wie weit die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch ver.di mitgetragen wird. Es reicht nicht einmal mehr zu einem bedauerndem „Mehr war nicht drin“ (es wurde schließlich nicht einmal getestet), sondern sie unterstützt auch noch die herrschende Leistungs-ideologie.

Es erinnert an Taschenspielertricks, wenn mensch liest, woher das Geld für die leistungsabhängige Zuzahlung kommen soll: Aus dem Einbehalten des Verheiratenzuschlages und – „ganz oder teilweise“ – aus der in Kraft getretenen unentgeltlichen Arbeitszeitverlängerung: „Der Bundesinnenminister erklärt, ... für die Bundesbeamten ... das einsetzen zu wollen“, berichtet ver.di. Und wenn er nicht will?

Angeblich aus „Gerechtigkeitsgründen“ sollen dann die Angestellten und ArbeiterInnen analog behandelt werden. Wenn wir nicht dagegen halten ...!

Walter Wiese



Tarifrunde ÖD:

Die bisher größte Herausforderung

Am 20.1.05 beginnen im Öffentlichen Dienst (ÖD) die Tarifverhandlungen zu Lohn und Gehalt. Allen Protestresolutionen zum Trotz: Die Tarifkommission hat auf Verlangen des ver.di-Vorstands keine Tarifforderungen gestellt und versucht, die Öffentlichen „Arbeitgeber“ („AG“) durch Nachgeben wohlgesonnen zu machen. Damit droht über die „Prozessvereinbarung“ ein beispielloser Einbruch in die Besitzstände von Millionen KollegInnen.

Selbstverständlich weiß auch der ver.di-Vorstand, dass das fortgesetzte Nachgeben über kurz oder lang sämtliche Haltelinien zusammenbrechen lässt. Und am erklärten Willen der Verhandlungsführer von Bund, Ländern und Gemeinden darf nicht der geringste Zweifel bestehen. So erklärte der seinerzeitige Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Möllring (nieders. Finanzmin.), der Staat brauche „echte Kostensenkungen“, deshalb müsse „die Arbeitszeit verlängert werden.“

Seit dem Potsdamer Tarifabschluss (9.1.2003) haben die „Öffentlichen AG“ eine Unverschämtheit nach der anderen durchgezogen und dabei alle Stillhalteabkommen aus der „Prozessvereinbarung“ gebrochen. In dem berühmten Zusatzabkommen zum Tarifabschluss vom 9.1.03 war z. B. vereinbart worden, Weihnchts- und Urlaubsgeld auf dem Stand von 1993 festzuschreiben. Am 17.6. 2003 kündigte dann die TdL die Tarifverträge über Weihnchts- und Urlaubsgeld. Am 28. 6. kündigte der Bund diese Abkommen für seine 493 000 ArbeiterInnen und Angestellten. Am 14. 7. 03 legte



die Bundesregierung per Gesetz fest, dass die Beamten die Tarifierhöhung erst 3 Monate später bekommen. Am 25.3.2004 kündigte die TdL dann die Arbeitszeit-Tarifverträge. Landesbeamte müssen seit Herbst länger arbeiten (Bayern 42, Hessen 42, NRW 41, usw.). Neueingestellte müssen ebenfalls länger arbeiten. Am 23.4.04 beschloss die Bundesregierung die Arbeitszeit für 300 000 Bundesbeamte von 38,5 auf 40 Stunden zu verlängern. Im Schnitt wurde damit den Beamten der Stundenverdienst um 9% gekürzt. Anders ausgerechnet: Allein auf der Ebene der Bundesländer bedeutet das den Verlust von 75 000 Stellen.

Dennoch hat ver.di die Verhandlungen über eine „Modernisierung“ des Tarifrechts nicht abgebrochen. Ja der ver.di-Vorstand ließ sich sogar erpressen. Wenn er die Lohn- und Gehaltstarife für ArbeiterInnen und Angestellte, die am 31. 1.05 auslaufen, kündige, werden die „Öffentlichen AG“ eine Arbeitszeitverlängerung verlangen.

Wenn dieser Kurs glatt durchgeht, steht ver.di vor der größten Niederlage der deutschen Gewerkschaften seit dem 2. Weltkrieg. Dies alles ist nicht nur eine Folge des typisch bürokratischen Konfliktvermeidungskurses. Es ist in erster Linie das inhaltliche Einschwenken auf die kapitalistische Logik, bzw. sogar auf den Neoliberalismus und die aktuelle Umverteilungspolitik der Regierungen. Allein das Interview

des Vorsitzenden Bsirske in der Frankfurter Rundschau vom 14.12. 04 zur „Reform des Öffentlichen Dienstes“ spricht Bände. Er ist sich sicher: „Wir kriegen was zusammen hin“. „Es wird in einigen Bereichen Verbesserungen geben, in anderen Verschlechterungen. Die dann allerdings mit Besitzstandsregelungen. Das kostet kurzfristig Geld, und darüber müssen wir in der Tarifrunde reden. Mittelfristig kommt es auch zu Entlastungen.“ (auf Deutsch: Einsparungen auf Kosten der KollegInnen.

Modernisierung des Tarifrechts?

Grundsätzlich muss allen klar sein, dass eine Modernisierung nie neutral zu haben ist. Speziell in diesem Fall steht ungeheuer viel auf dem Spiel, nicht zuletzt weil von den jetzt anstehenden Abschlüssen (BAT, BMT-G u. MTArb) direkt und indirekt 6 Millionen KollegInnen betroffen sind (davon 2,37 Mio. Tarifbeschäftigte im unmittelbaren ÖD + die Beamten + alle mittelbar im ÖD Tarifbeschäftigten bei AWO etc. deren Tarifverträge oder Haustarifverträge auf den BAT Bezug nehmen).

Was wollen die „AG“ und wo hat ver.di bisher schon (Teil)Zustimmung signalisiert?

Flexibilisierung

Hier soll die tägliche Rahmenarbeitszeit auf 12 Stunden, die wöchentliche auf 45 erhöht werden. Der Durchschnitt von 38,5 oder 40





Ebenen neue Spaltungslinien in die Belegschaften getrieben.

Wer den Kampf meidet

Allein in NRW haben 30 von 31 tarifpolitischen Konferenzen die Kündigung der Lohn- und Gehaltstarifverträge gefordert, damit man ab Februar aus der Friedenspflicht draußen ist. Nur dann kann überhaupt Druck erzeugt werden. Die Begründung der Bürokraten, die „AG“ sollen davon abgehalten werden, die Arbeitszeitfrage in die Verhandlungen einzubringen und die KollegInnen seien in der Arbeitszeitfrage nicht mobilisiert, ist zutiefst verlogen.

Erstens werden die „AG“ sowieso nicht locker lassen, und sei es nur, um dies auch künftig als Druckmittel einzusetzen. Sie sind schließlich auch schlau genug, hier und heute nicht unbedingt alles auf einmal zu fordern (der Unmut soll nicht explodieren).

Zweitens war die Gelegenheit selten so günstig wie heute, den Unmut über die ganzen Unverschämtheiten der „AG“ aus den vergangenen zwei Jahren zu bündeln. Nur muss man/frau auch tatsächlich kämpfen wollen.

Welche Forderungen?

Die Verhandlungen zur „Prozessvereinbarung“ sollten sofort abgebrochen werden. Begründung: Die „AG“ haben diverse Zusagen gebrochen. Es gibt deswegen für ver.di keine vertraglichen Pflichten, weiter zu verhandeln. Die L-u.G-Tarife sind sofort zu kündigen. Obenan sollte stehen die Rücknahme aller Verschlechterungen aus den letzten Jahren (Arbeitszeitverlängerungen, Kürzungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld, usw.).

Sodann:

- 250.- Euro Festgeld mehr für alle, mindestens aber 4%
- 100% Weihnachtsgeld für alle (Ost wie West) und keine Abstriche am Urlaubsgeld
- Keine Spartentarifverträge
- Angleichung aller Löhne und Gehälter im Osten an das Westniveau
- Sofortige Aufnahme von Verhandlungen zur Verkürzung der Arbeitszeit in großen Schritten bei vollem Entgelt- und Personalausgleich

Clarissa L.

Stunden soll nur noch im Jahresdurchschnitt erreicht werden müssen, so dass der größte Teil der Überstundenzuschläge entfallen soll. Der ver.di-Vorstand will diese Zeiträume zwar runterverhandeln, ist aber prinzipiell „gesprächsbereit“, mit der Begründung, man wolle ja den ÖD kundenfreundlich machen. Dass dabei die KollegInnen Geld verlieren, ist den (hauptsächlich Herren) Bürokraten gleichgültig.

Niedriglohn

Noch katastrophaler ist die ver.di-Position in der Frage der Einführung einer neuen Niedriglohngruppe. Gegenüber heute bei 1509.- Euro als niedrigster Gruppe soll künftig ein Monatslohn von 1286.- Euro (West) und 1189,55 Euro (Ost) eingeführt werden. Das entspricht einem Stundenlohn von 7,68 Euro, also ganz deutlich unter dem Existenzminimum (das laut ver.di vom 2.9.04 bei 1442.- Euro liegt). Begründet wird dies seitens verdi in der Weise, dass damit dem Bestreben der ÖD „AG“ begegnet werden könne, weitere Bereiche auszugliedern. Das ist so unlogisch wie es lächerlich ist, denn in Zeiten hoher Erwerbslosigkeit finden sich immer Kräfte, die in Privatfirmen für noch weniger arbeiten, und zwar so lange, wie es keinen auskömmlichen Mindestlohn gibt. Für welchen Mindestlohn will sich denn ver.di stark machen, wenn sie selbst Tarifverträge mit 7,68 Euro Stundenlohn abschließt? In Wirklichkeit dreht ver.di damit aktiv mit an der Spirale nach unten.

Hinzu kommt, dass man auch schon Zustimmung signalisiert hat, dass Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf eine Sonderzahlung von zusammen maximal 100% eines Monatslohns /-gehalts gekürzt werden.

Leistungsbestandteile

Grundsätzlich sollen die Altersstufen (bisher 11) und die Familienzuschläge wegfallen und durch 3 „Erfahrungsstufen“ sowie Leistungsbestandteile ersetzt werden. Auch hier gilt die Maxime der „AG“, dass die Gesamtlohnsumme sinken soll. Wenn dann

die Beschäftigten in Einzelverhandlungen dafür sorgen sollen (bzw. wollen), dass sie eine höhere Leistungszulage erhalten, sitzen sie grundsätzlich am kürzeren Hebel. Hinzu kommt, dass darüber die Konkurrenz unter den KollegInnen angestachelt wird, der Zusammenhalt untergraben werden soll und mit Sicherheit auch untergraben wird.

Spartentariife

Am gravierendsten auf der Ebene der Einführung neuer Spaltungslinien ist die vorgesehene Trennung in einen allgemeinen Tarifvertrag und in besondere Tarifverträge (Spartentariife). Dies hätte dann zur Folge, dass es keine breiten Kampffronten mehr gibt, sondern jede Sparte einzeln verhandeln muss und leichter einzeln niedergemacht werden kann, erst recht wenn – was so sicher wie das Amen in der Kirche ist – die Laufzeiten von einander abweichen. Allein diese Grundsatzfrage für sich allein genommen hätte für ver.di Anlass sein müssen, die Gespräche zur Modernisierung der Tarife abzubrechen.

Aufhebung des besonderen Kündigungsschutzes

Ebenfalls eine Grundsatzfrage ist die angestrebte Aufhebung des besonderen Kündigungsschutzes im ÖD. In einer solchen Frage darf eine Gewerkschaft nie und nimmer Verhandlungsbereitschaft erkennen lassen. Aber wer sich so tief in die Logik der „Prozessvereinbarung“ eingelassen hat, kann schwerlich an einer „Einzelfrage“ auf „stur“ stellen. Das für Tariffragen zuständige Vorstandsmitglied Kurt Martin: „Wir sind bereit, für künftige Beschäftigte im öffentlichen Dienst eine Tarifregelung zu treffen, die keine Unkündbarkeit mehr vorsieht.“ (WAZ, 17.12.2004)

Es geht also den Verhandlungsführern bei den vielen Verschlechterungen im besten Fall (und das nicht überall) um einen Bestandsschutz für die „Alteingestellten“. Damit werden dann auf verschiedenen

Das bisherige Verhandlungsergebnis zur „Prozessvereinbarung“ (am 22.10.04 von der Tarifkommission gebilligt) ist nachzulesen unter: www.verdi.de/0x0ac80f2b_0x0009dfb4

Das neue Hessische Schulgesetz

Jeder bleibe bei seinem Stand

Die Pisa-Studien können als Schlussfolgerungen ihrer Analysen zum Teil gute Vorschläge machen. Aber die Herrschenden in diesem Land setzen aufgrund der Kräfteverhältnisse das genaue Gegenteil um.

Ein Gedanke, den ich immer mal wieder an meine SchülerInnen weitergebe, ist fast 2000 Jahre alt und vom römischen Kaiser Marc Aurel: „Wenn für dich eine Sache schwer zu bewältigen ist, darfst du nicht gleich denken, sie sei für Menschen unmöglich; du musst vielmehr glauben, wenn überhaupt etwas für den Menschen möglich ist und in seinem Bereich liegt, dass es auch für dich erreichbar sei.“

Dieser Gedanke drückte ein humaneres Menschenbild aus, als das neue Hessische Schulgesetz, das die CDU mit ihrer Mehrheit am 26. November im Hessischen Landtag durchsetzte.

Vorausgegangen waren Proteste von Eltern, SchülerInnen und Lehrerverbänden, von der Gewerkschaft GEW bis zum konservativen Philologenverband. Der Höhepunkt der Proteste war die Übergabe von 74 000 Unterschriften gegen die Gesetzesnovelle an die Landtagsabgeordneten. Gesammelt hatte das Bündnis „Es geht um unsere Schule“.

Kernpunkte der Kritik am neuen Schulgesetz sind die Erschwerung der Durchlässigkeit der einzelnen Bildungsgänge. Dem Wechsel in den höheren Bildungsgang wurde durch die zuvor veränderten Lehrpläne sowieso schon jede Menge Steine in den Weg gelegt. Die Möglichkeit der Querversetzung von einer höheren in eine niedrigere Schulform wird ausgeweitet. Die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit und das Zentralabitur werden eingeführt. Durch neue Richtgrößen für die maximale Klassengröße in den einzelnen Schulstufen drohen größere Klassen und durch die Vorgabe, wie viel Parallelklassen vorhanden sein



müssen, droht die Schließung von Schulen oder Schulzweigen.

Verstärktes Aussieben

Das neue Schulgesetz verstärkt die Tendenz der letzten Jahre, so genannte Bildungsstandards durch verstärkten Druck auf die Beteiligten, die Lehrer und die Schüler zu erreichen. So wird jetzt selbst schon in der Grundschule durch Vergleichs- und Orientierungsarbeiten den Kleinsten gezeigt, was mit ihnen passiert, wenn sie nicht funktionieren.

In den letzten Jahren finden immer wieder wissenschaftliche Untersuchungen statt, in denen die Bildungssysteme der kapitalistischen Staaten weltweit verglichen werden. Auch in der zweiten Bildungsweltmeisterschaft (PISA-Studie) schnitten die deutschen SchülerInnen unterdurchschnittlich ab. Besonders negativ kritisiert wurden wieder die mangelhafte Förderung von ArbeiterInnenkindern und MigrantInnenkindern. So sind die Chancen für ein Akademikerkind, das Abitur zu machen, viermal so hoch wie für ein Facharbeiterkind. Der Anteil von MigrantInnenkindern an höheren Abschlüssen ist verschwindend gering. In keinem anderen Industriestaat sei der Schulerfolg so abhängig vom Familieneinkommen und der Vorbildung der Eltern wie in Deutschland.

Abitur nicht für alle

Obwohl nahezu alle Bildungspolitiker immer wieder geschockt auf diese Studien reagieren, wird das neue Hessische Schulgesetz die kritisierten Missstände nur noch

verstärken. Offensichtlich haben diese Ergebnisse mit dem Funktionieren der deutschen Wirtschaft wenig zu tun. Die hohen Arbeitslosenzahlen sind nicht auf mangelhafte Schulabschlüsse zurückzuführen, sondern es ist die kapitalistische Wirtschaft, die diese Arbeitskräfte nicht braucht. Deshalb macht sich die CDU auch keine Sorge darum, dass dem Arbeitsmarkt durch die Schulen nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt würden. Gemäß dem Motto „Abitur nicht für alle, aber wenigstens doch für mein Kind“ macht sie sich eher Gedanken darum, dass für die „Jobs der Elite“ zu viele AnwärterInnen zur Verfügung stehen. Am besten ist es, wenn jedeR bei seinem Stand bleibt. Dazu passt auch der politische Wille der CDU die MigrantInnenkinder in der Gesellschaftsklasse zu belassen, in die sie geboren sind. Die „Gastarbeiter“ sollen „Gastarbeiter“ bleiben bis in die siebte Generation.

Als 1977 Rudolf Bahro seine sozialistische „Alternative“ zum „real existierenden Sozialismus“ entwickelte, war mit Recht ein Kernstück seiner Forderungen die umfassende Bildung der Bevölkerung. „Heute gibt es keine ökonomischen Gründe, die es einem wirtschaftlich gut entwickelten Lande verbieten könnten, seiner ganzen Jugend nicht nur eine abgeschlossene Oberschulbildung (...) angedeihen zu lassen, sondern auch eine Hochschulbildung bis zum 20. bzw. 23. Lebensjahr.“ In Deutschland wird zwei Dritteln der SchülerInnen eine höhere Bildung vorenthalten. Das Hessische Schulgesetz wird dies verstärken.

Jochen Sussa



Gewalt gegen Frauen – weltweit

Aus Anlass des Internationalen Tages „Nein zur Gewalt an Frauen“ und des Welt - Aids - Tages zeigen wir an einigen Beispielen, wie verbreitet Gewalt gegen Frauen in der patriarchalen Welt ist.

Frauen und Aids

Der Jahresbericht des UN-Aidsprogramms (Unaid) hat deutlich gemacht, wie weit die Vorstellung, Aids sei ein Problem der Schwulen, mit der mensch trefflich moralisieren konnte, ad absurdum geführt ist. „Aids trägt heute das Gesicht einer jungen Frau in Afrika“, so Peter Piot, Chef von Unaid. Diese Entwicklung hängt mit der Unterdrückung der Frauen eng zusammen. Exemplarisch kann hier das südliche Afrika betrachtet werden. Südlich der Sahara sind 60 Prozent der Infizierten weiblich, bei den 15 - bis 25 - Jährigen sind es 75 Prozent. Das hat biologische und gesellschaftliche Gründe. Das Infektionsrisiko ist für Frauen doppelt so hoch wie für Männer. Ihre soziale Stellung erlaubt es ihnen nicht, safer Sex zu verlangen. Dazu kommt, dass sexuelle Gewalt innerhalb wie außerhalb der Familie weit verbreitet ist. Männer glauben sich berechtigt, ihre gesellschaftliche Ohnmacht durch Macht über Frauen zu kompensieren. Als Beispiel kann selbst das Erbrecht dienen. Wenn das Erbe des Mannes nach seinem Tode nicht an seine Witwe fällt, sondern zurück an die Familie, bleibt vielen Witwen nur die Prostitution zum Überleben. Und das ermöglicht ihr keinerlei safer Sex! Nun werden so genannte „microbicide“ entwickelt, Gels und Schäume, die das Aidsvirus in der Vagina abtöten sollen. Aber das wäre selbst in den so genannten entwickelten Länder ein Problem.



Genitalverstümmelung und Vergewaltigung

Ein besonderes Problem ist in diesem Zusammenhang die Genitalverstümmelung der Frauen, die in unterschiedlichen Varianten gerade in Afrika weit verbreitet ist. Die Beschneidung vergrößert die Verletzbarkeit und damit das Infektionsrisiko.

Aber die deutlichste Ausübung von Gewalt gegen Frauen ist Vergewaltigung. Sie wird besonders virulent in kriegerischen Auseinandersetzungen. So untersuchen die Vereinten Nationen 150 Fälle von sexuellem Missbrauch, d. h. Kindesmissbrauch, Vergewaltigung, Prostitution, durch UN - Mitarbeiter und Friedenstruppen im Kongo. Für den kolumbianischen Bürgerkrieg prangert Amnesty International an, dass Frauen von allen Konfliktparteien systematisch vergewaltigt, missbraucht und getötet werden. Das gilt genauso für Darfur/Sudan. Die Zerstörung eines Menschen wird noch verstärkt durch die Zerstörung der gesellschaftlichen Strukturen. Die wenigsten Gesellschaften ertragen die missbrauchten Frauen, die Stigmatisierung sondert sie aus ihrer Gesellschaft aus und gegebenenfalls auch das so gezeugte Kind. So oder so wächst die Zahl der Aidsweisen und deren Schicksal ist erbärmlich.

Administration

Gewalt gegen Frauen beginnt aber oft schon sehr früh. Unicef geht davon aus, dass weltweit 60 Millionen Frauen „fehlen“, weil weibliche Föten abgetrieben und weibliche Babys schlecht versorgt werden. Allein in Südostasien sterben jährlich

1 Million Mädchen kurz nach der Geburt oder in den ersten Lebensjahren.

Wie eng Administration und Gewalt miteinander verbunden sein können, zeigt sich in Benin. Die Geburt von Mädchen wird dort oft nicht registriert, und damit zählen sie nicht, z. B. beim Schulbesuch. Aber ihre amtliche Nichtexistenz erleichtert ihre Ausbeutung, verkauft als „Hausklavin“ oder als kaum bezahlte Arbeitskraft. In öffentlichen Angelegenheiten haben sie keinerlei Stimme. So erschallt bei ihrer feierlichen Registrierung, wie sie von Unicef oder Plan international organisiert wird, die ihnen erst so etwas wie eine Identität gibt, schon mal der Ruf: „Nyonuwo, miso!“ Frauen, steht auf.

Und Europa?

Bis hierhin sieht es so aus, als ob in Europa alles in Ordnung sei und die Emanzipation samt Gendermainstreaming ein gewaltiges Erfolgsmodell. Sicher sind Unterdrückungsverhältnisse wie im Süden Afrikas bei uns kaum anzutreffen. Aber auch in Europa, besonders in seinem Osten, steigt die Zahl der weiblichen Aidsinfizierten beängstigend. Gewaltverhältnisse sind weit verbreitet, was die Schließung von Frauenhäusern besonders perfide macht. (s. a. Novembernummer der Avanti)

Die Gegenwehr der Frauen hängt u. a. ab vom Zugang zu gesundheitlicher Grundversorgung, Bildung und ökonomischer Unabhängigkeit. Unter diesen Voraussetzungen können sie die Integrität ihrer Körper verteidigen, Autonomie gewinnen.

Die Wahlen in der Ukraine

Aus dem Blickwinkel der ArbeiterInnenklasse

Das politische und wirtschaftliche Leben der Ukraine wird von so genannten Clans beherrscht, Gruppen von Kapitalisten, die zum einen mit den politischen Strukturen und zum anderen mit kriminellen Elementen verbunden sind. Es gibt vier Clans, die in ständigem Wettstreit stehen und um die Macht und die Aneignung der öffentlichen Mittel kämpfen.

1. Der Donezk-Clan wird von dem reichsten Bürger der Ukraine, Rinat Achmetov, geführt. Viktor Janukowitsch gehört zu diesem Clan. Achmatov ist heute offiziell 3,5 Milliarden US-Dollar schwer. Sein politischer Deckmantel ist die „Partei der Regionen“, deren tatsächlicher Führer Viktor Janukowitsch ist.

2. Der Dnjepropetrowsk-Clan wird von Viktor Pintschuk angeführt, dem Schwiegersohn des ausgehenden Präsidenten Leonid Kutschma. Sein politischer Deckmantel ist die „Arbeitspartei der Ukraine“, deren Führer Sergej Tihipko ist. Pintschuk übt den entscheidenden Einfluss in der Partei aus, obwohl er vor einigen Monaten angekündigt, er werde sie und seine Führungsrolle zugunsten seiner geschäftlichen Tätigkeit aufgeben. Es ist nicht auszuschließen, dass er für die Präsidentschaft der Ukraine kandidieren wird, aber er sagte noch nicht, wann. Wenn die derzeitige Lage zu einer Neuwahl führt, könnte er gut für seine Partei als Kandidat antreten.

3. Der Kiew-Clan wird von Viktor Medwedschuk¹ geleitet, der der Kopf der Präsidentschaftsverwaltung ist, und von Grigorij Surkis, dem Eigner des Kiewer Fußballclubs Dynamo. Dieser Clan schließt auch den scheiden-

den Präsidenten Kutschma ein. Der politische Arm ist die „Sozialdemokratische Partei der Ukraine (vereinigt)“. Bis vor kurzem arbeitete auch Alexander Zintschenko in dieser Gruppe. Auf der Liste dieser Partei wurde er Abgeordneter in der Rada (Parlament) und dann deren Vizepräsident. Anschließend wechselte er zum Team von Viktor Juschtschenko und führte ihm die Wahlkampagne.

4. Bevor Juschtschenko die Szene betrat schaffte es der westliche Clan nicht, einen Durchbruch hin zu wirklichem Einfluss auf nationaler Ebene zu erzielen. Er war im Wesentlichen im Westen des Landes aktiv. Aus diesem Grund fühlten sich die Oligarchen dieses Clans bei der Privatisierung des nationalen Reichtums zu kurz gekommen. Sie betrachten das als ungerecht und wollen ihren Anteil am Kuchen vergrößern. Eines ihrer bekanntesten Mitglieder ist der „süße König der Ukraine“, Peter Poroschenski, der bis zum Jahr 2000 Mitglied der „Sozialdemokratischen Partei (vereinigt)“ war. Er verließ sie und wurde zusammen mit David Zavinija und Nikolai Martinenko Kopf der „Solidaritätspartei der Ukraine“. Alexander Omletschenko, der Sohn des Bürgermeisters von Kiew, steht dem Clan nahe und arbeitet mit ihm zusammen. Julia Timoschenko, eine Kollegin von Pawel Lazarenko (der als Premierminister Millionen stahl und in den USA angeklagt wurde), arbeitet eng mit Juschtschenko zusammen. Sie wird von Interpol gesucht. Ihr bester Schutz vor Verfolgung ist politische Macht. All das Gesagte lässt den Schluss zu, dass die Hauptorientierung dieser Leute, wenn Juschtschenko gewinnt, eine neue Verteilung des Reichtums zu ihren Gunsten sein wird. Natürlich wenden sie sich gegen jede politische Reform, die die weitgehenden Machtbefugnisse des Präsidenten einschränken würde.

Die Oligarchie

Alle ukrainischen Oligarchen wurden sehr schnell reich². Ihre Taschen füllten sich mit Staatseigentum und mit dem Geld des Volkes. Und das geschah mittels blanker Plünderung. Der Staat half aktiv dabei. Die Hyperinflation wurde 1992 losgetreten (und



Viktor Juschtschenko

das war keine unvorhersehbare Folge anderer Maßnahmen), um den Leuten das „überschüssige“ Geld abzunehmen. Gleichzeitig raubte dies den Unternehmen ihr zirkulierendes Kapital. Und das mündete in etwas, was man nur mit ökonomischem Genozid auf dem Rücken des Volkes bezeichnen kann. Die Demographie stützt diese Anklage in vollem Umfang. Die arbeitende Bevölkerung hatte keinerlei Chance, irgendeinen Teil des öffentlichen Reichtums während der Privatisierung abzubekommen. Dafür brauchte man staatliche Macht und kriminelle Verbindungen. Im Laufe dieses Prozesses fusionierten Staatsmacht und Unterwelt. Alle Oligarchen sind Parlamentsmitglieder und genießen Immunität gegen Strafverfolgung. Das ist eine weitere Besonderheit in der Ukraine: Die oligarchisch-kriminelle Schicht von Geschäftsleuten übt das politische Geschäft direkt aus. Juschtschenko ist keine Ausnahme.

Zu Juschtschenkos Block gehört auch eine Reihe von ultranationalistischen Parteien an der Grenze zum Faschismus. An erster Stelle zu nennen ist die „Freiheitspartei“, die sich bis 2003 „Sozial-Nationale Partei der Ukraine“ nannte. Von dieser Seite ertönen die Parolen „Ukraine den Ukrainern“, „Ukraine vom Syan“ (Fluss in Polen bis zum Don (Russland)), „Kikes und Moskowiter raus aus der Ukraine“, „Die Nation



Viktor Janukowitsch

über allem anderen“, „Nationale Diktatur“, „Russland der Hauptfeind Nummer Eins“ etc.

Der laufende Konflikt ist kein Kampf zwischen Demokratie und Autokratie. Unter diesem Gesichtspunkt gibt es keinen Unterschied zwischen Janukowitsch und Juschtschenko. Sie raubten und rauben beide das ukrainische Volk und den Staat aus. Juschtschenkos Hauptslogan bei seinen Kundgebungen war: „Wir müssen reiche Leute schaffen, und die werden dann den Armen helfen.“ Er bietet der arbeitenden Bevölkerung keinerlei Möglichkeit, aktiv am politischen und ökonomischen Leben teilzunehmen, Subjekt ihrer eigenen Geschichte zu sein, oder zumindest würdig zu leben und einigermaßen zu verdienen. Ihre Rolle ist es, geduldig auf die Freigebigkeit der Reichen zu warten. Keiner der Kandidaten repräsentiert die Interessen der Arbeiterklasse. Zwei Clans von Oligarchen kämpfen um die Macht, phantastische Profite zu machen und sich das anzueignen, was noch nicht privatisiert wurde. Ihre gesamte Politik wird auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse beruhen. Was entschieden wird, ist, wer der nächste ist, der die Nation ausplündert.

Demonstrationen

Natürlich ist es nicht richtig, wie Kutschma und sein Regime sich verhalten. Und nach den Demonstrationen auf den Straßen werden die Leute nicht mehr die gleichen sein – das ist ein positiver Effekt. Die Menschen werden gelernt haben, Widerstand zu leisten und vielleicht beginnen sie, ihre eigenen Interessen besser zu begreifen und einzufordern, dass diese respektiert werden. Die Arbeiter, ob aus der Produktion oder nicht, sind nicht auf der Straße. Sie haben immer noch keine eigenen Organisationen. Die Studenten, die sich auf der Straße zeigten, begreifen noch nicht, wo ihre eigenen Interessen liegen. Sie denken nur an den Sieg. Sie rufen nicht „Demokratie in Politik und Wirtschaft“, „Respektiert die Rechte der Arbeiter“, „Alle Macht dem Volk“. Sie rufen: „Juschtschenko, Juschtschenko, Juschtschenko.“ Das Bild des „kleinen Vaters“, des Führers, ist aufgetaucht. In Deutschland in den 30er Jahren verfielen die Leute auch in Ekstase, wenn sie Hitler sahen. Er brachte die Wirtschaft in Gang und beendete die Arbeitslosigkeit.

Spaltung des Landes

Eine der Besonderheiten der Geschichte der Ukraine ist, dass es niemals breite Massenbewegungen gab. Die Ukraine kämpfte immer um nationale Unabhängigkeit, demokratische und soziale Forderungen standen



Wahlhelfer bei der Stimmauszählung nach der wiederholten Stichwahl

an zweiter Stelle. Die nationale Herrschaftsstruktur nahm unterschiedliche Formen im West- und im Ostteil an. Diese Teilung verschärfte sich 1596, als der Westen katholisch wurde und der Osten russisch-orthodox blieb. Die Ukraine war immer in zwei Teile geteilt. Die Vereinigung resultierte nicht aus dem Willen des Volkes, sondern aus Stalins Methoden. Der Westen der Ukraine hatte Recht, diese Art der Vereinigung nicht zu akzeptieren, oder besser Stalins Politik der Umsiedlung in Zwangsarbeitslager, die Zwangskollektivierung und die anderen kriminellen Akte, die die Vereinigung begleiteten. Wie man sagt, beherrscht die Vergangenheit die Gegenwart. Heute besteht ein großer Unterschied zwischen den Bewohnern des Westens und des Ostens im Hinblick auf Kultur, Mentalität, politische Ansichten und das wirtschaftliche Potential. Im Grunde genommen sind es zwei verschiedene Völker. In der Zeit der Unabhängigkeit stimmten sie unterschiedlich ab, für unterschiedliche Kandidaten. Die Wahlkampagnen von Janukowitsch und Juschtschenko stellten West gegen Ost und verschärfen dadurch die Spaltung, anstatt nach Wegen der Zusammenführung zu suchen. Diese Strategie wurde im Westen entwickelt, von den USA, die Interesse an der Beibehaltung dieser Spaltung haben. Vor 1991 hatte die Ukraine keinerlei Erfahrung in Eigenstaatlichkeit und die Nation hat erst zu lernen, in einem eigenen Staat zu leben. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird sie einen verschlungenen Weg von Siegen und Niederlagen gehen müssen, mit volksfeindlichen ebenso wie demokratischen Regimen.

Was die Verletzungen des Wahlgesetzes betrifft, so geschahen diese ebenso im Osten wie im Westen. Da gibt es wenig Unterschiede zwischen den Lagern. Der zentrale Punkt der Kampagne war nicht, ob

der Wille des Volkes verletzt würde oder nicht, sondern dass die Ukraine der Herrschaft der Gangster ein Ende setzen müsse. Jetzt gibt Juschtschenko große Summen für Demonstrationen und Plakate aus. Das ist zweifellos amerikanisches Geld. Studenten werden dafür bezahlt, an Demonstrationen teilzunehmen und in Zelten zu leben. Die Versorgung ist gut organisiert. Man muss sich nur die Kosten für die Zelte und die Decken vor Augen halten, alles vorher bereitgestellt – ein gut vorbereitetes Szenario.

Der Sieg eines jeden dieser Kandidaten wird kein Sieg des Volkes sein. Jeder der beiden wird nur einen Teil des Volkes zufrieden stellen und vom anderen nicht akzeptiert werden. Der einzige Ausweg sind Neuwahlen unter Ausschluss beider Kandidaten. Juschtschenko lehnt das ab. Er giert nach seinem persönlichen Erfolg. Der nächste Schritt muss die Einführung eines föderalen Systems in der Ukraine sein.

Wladimir Zlenko, *Direktor der Schule für Arbeiterdemokratie (Präsident der Gewerkschaft der Automobil- und Landwirtschaftsmaschinenbauer der Ukraine von 1990-1999), 2.12.2004*
Übersetzung aus dem Englischen und Fußnoten: Thadeus Pato, *Zwischenüberschriften von der Redaktion*

1 Die fünf größten Fernsehkanäle des Landes gehören entweder Medwedtschuk oder Pintschuk

2 Alle genannten Clanführer hatten zu Zeiten der Sowjetunion leitende Posten in der Wirtschaft und/oder, wie der Präsident Kutschma, der Chef einer Raketenfabrik war, auch hohe Ränge in der kommunistischen Partei.

Einheit statt Demokratie

Zu den Wahlen im Irak treten die regionalen Oligarchien mit Einheitslisten an. Die besten Chancen hat ein von der schiitischen Geistlichkeit dominiertes Bündnis.

„Wir wollen keine Vertretung des Iran sein“, kritisierte Hussein al-Moussawi vom Shiite Political Council. Nicht akzeptabel sei auch, dass „die ersten zehn Namen auf der Liste extremistische schiitische Islamisten“ sind. Nicht zufrieden war der säkulare Politiker mit der Zusammenstellung der gemeinsamen schiitischen Wahlliste unter der Schirmherrschaft des Ayatollahs Ali al-Sistani. Am Ende beugte er sich aber doch dem politischen Druck.

Das heterogene Bündnis, das zu den für den 30. Januar geplanten Wahlen antreten will, vereinigt islamistische Gruppen mit Verbindungen zum Iran (SCIRI und Da'wa-Partei), die von Sistani geführte Geistlichkeit und säkulare Politiker wie Ahmed Chalabi, der lange Zeit der wichtigste Verbündete der USA war. Die gemeinsame Liste soll den Geistlichen und Politikern, die behaupten, die schiitische Bevölkerungsmehrheit zu repräsentieren, Dominanz in der neuen Regierung verschaffen. Mit Demokratisierung hat die Einheit auf konfessioneller Basis jedoch wenig zu tun, und auch die beiden kurdischen Parteien im Norden wollen mit einer Einheitsliste antreten.

Regionale Spaltung

In weiten Teilen des Zentralirak ist fraglich, ob die Wahlen überhaupt stattfinden können. Wie schwach die Kontrolle über weite Teile des Irak ist, belegt eine für die US-Regierung blamable Untersuchung des Fofa-Instituts in Zusammenarbeit mit UN-Agenturen und der irakischen Übergangsregierung. Demnach hat sich die Zahl unterernährter Kleinkinder auf 7,7 Prozent fast verdoppelt, obwohl die Menge der Hilfsgüter theoretisch für die Versorgung der 6,5 Millionen von Nahrungsmittellieferungen abhängigen Irakis ausreichen müsste. Doch Hinterhalte und Anschläge behindern den Transport von Nahrungsmitteln.

Der Sturmangriff auf Falluja beseitigte nur die offene Herrschaft der rechtsextremen Mujahedin (Glaubenskämpfer) über die Stadt, die Zahl der Anschläge im „sunnitischen Dreieck“, dem überwiegend sunnitischen Zentralirak, hat jedoch eher noch zugenommen. Die bewaffneten Aufständischen wollen mit Todesdrohungen einen Wahlboykott durchsetzen. Viele sunnitische Geistliche und Politiker, unter ihnen die islamistische Muslimbruderschaft, wol-



Die irakische Bevölkerung wird auf Plakaten zur Wahl ermutigt

len dennoch teilnehmen und haben ebenfalls eine konfessionell definierte Liste vorgelegt.

Die US-Regierung ist vor allem an der schnellen Abhaltung von Wahlen interessiert, die einen Erfolg der Demokratisierung belegen sollen. Es ist jedoch nicht gelungen, eine proamerikanische Oligarchie zu etablieren, die aus eigenem Interessen ein langfristiges Bündnis mit den USA wünscht. Der Bruch mit Chalabi machte dieses Versagen offensichtlich. Die US-Regierung erwartete, Chalabi werde so etwas wie die irakische FDP gründen, doch der ehemalige Oppositionsführer verbündete sich stattdessen mit der schiitischen Geistlichkeit, möglicherweise auch mit dem Iran.

Als Verbündete der USA können allenfalls die kurdischen Parteien KDP und PUK bezeichnet werden. Der überwiegend kurdische Nordirak ist von Anschlägen und Kämpfen kaum betroffen, es gibt sogar einen bescheidenen Wirtschaftsaufschwung und die Löhne sind durchschnittlich viermal so hoch wie im Rest des Landes. Diese Kluft stärkt separatistische Tendenzen, und das Bündnis mit den USA wird nur solange wahren, wie diese sich für die kurdische Autonomie einsetzen. Vertreter der schiitischen Einheitsliste, die gute Chancen hat, die neue Regierung zu dominieren, haben sich jedoch gegen die kurdische Autonomie gewandt.

Die Macht der Oligarchie

Die Dominanz einer schiitischen Liste, deren führende Vertreter Verbindungen zum Iran haben, ist nicht unbedingt das, was sich USA gewünscht haben. Um ein Minimum an Stabilität zu wahren, muss die US-Regierung die realen Machtverhältnisse

jedoch akzeptieren. Für die Bevölkerung bedeutet das extreme Einschränkungen der persönlichen Freiheit. Die schiitische Führung strebt zwar keinen „Gottesstaat“ an, aber eine Geltung der Sharia im Familienrecht und im Alltag.

Als nach dem Krieg 1991 ein bewaffneter Aufstand den größten Teil des Irak von der Herrschaft Saddam Husseins befreite, entstanden überall Räte und andere Strukturen der Selbstverwaltung. Sie wurden zerschlagen, hätten jedoch eine Basis für eine tatsächliche Demokratisierung und Befreiung bilden können. Krieg und Besatzungsherrschaft setzten eine andere Dynamik in Gang.

Vor allem regionale Oligarchen, Geistliche, PolitikerInnen, ehemalige Ba'athisten und so genannte Stammesführer nutzten die neuen Machtverhältnisse. Allein sie können durch ihre Milizen relative Sicherheit und durch ihre Verbindungen Zugang zu Jobs und Geschäftsmöglichkeiten bieten, auf dieser Basis bauen sie Gefolgschaft auf. Wirkliche Demokratisierungsansätze wie die Entwicklung einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung werden dagegen behindert.

Die „Demokratisierung“ wird so zum Gerangel regionaler Oligarchien, während rechtsextreme Terrorgruppen eine national-religiöse Diktatur herbeibomben wollen. Die revolutionäre Linke, vertreten vor allem von der Arbeiterkommunistischen Partei, hat in einigen Betrieben Fuß gefasst, ist aber derzeit noch schwach. Doch nur eine Bewegung gegen die USA und die von ihnen hofierten irakischen Reaktionäre, aber auch gegen den rechtsextremen Terror, kann eine wirkliche Befreiung erkämpfen.

Harry Tuttle

Body Count

Zuverlässige Informationen über den Irakkrieg gibt es kaum, am ehesten haben noch britische Journalisten des *Guardian* und der *B* bewiesen, dass auch in das US-Militär „eingebettete“ Reporter Distanz halten können. Doch nicht nur US-Militärzensoren, auch rechtsextreme Terrorgruppen, die Journalisten entführen und ermorden, verhindern eine unabhängige Berichterstattung.

Viele Berichte und Gerüchte bleiben unüberprüfbar, und auch Teile der Friedensbewegung und der Linken stützen sich häufig auf unseriöses Material. So ist die von der britischen Zeitschrift *Lancet* veröffentlichte Studie, die von 100.000 zivilen Kriegstoten spricht, bestenfalls eine grobe Schätzung. „Wir schätzen, dass es in der Nachkriegsperiode 98.000 Extratote (95 Prozent CI 8000-194000) gegeben hat“, resümieren die Autoren. Die Angaben in Klammern bedeuten jedoch, dass sie sich zu 95 Prozent sicher sind, dass die Zahl zwischen 8.000 und 194.000 liegt und einfach den Mittelwert gebildet haben, weil das eine gute Schlagzeile ergibt.

Zuverlässiger sind die aus Berichten der Medien, Kranken- und Leichenschauhäuser gewonnenen Daten von *Iraq Body Count (IBC)* (www.iraqbodycount.net), demnach lag die Zahl der zivilen Kriegsopfer Mitte Dezember zwischen 14.800 und 17.000. IBC beziffert die Zahl der getöteten ZivilistInnen während des ersten US-Angriffs auf Falluja auf 600, für den Angriff im November wurde noch kein Bericht vorgelegt. Obwohl mehr als 200.000 ZivilistInnen die Stadt vor Beginn der Offensive verlassen hatten, dürfte die Zahl der Toten höher sein. Bereits vor der Offensive hatte ein Pentagon-Beamter gegenüber der *New York Times* erklärt, dass so genannte Kollateralschäden der Einschüchterung dienen: „Wenn Zivilisten im Zusammenhang mit diesen Angriffen sterben (...), müssen die Einheimischen irgendwann eine Entscheidung treffen (...). Wollen sie die Aufständischen beherbergen und die Konsequenzen tragen?“

Die Realität im Irak ist brutal genug. Übertreibungen und der Bezug auf spektakuläre Hypes der Medien sind überflüssig und schaden der Glaubwürdigkeit der Antikriegsbewegung.

Harry Tuttle

Der Klub der Auserwählten

Der UN-Sicherheitsrat soll erweitert werden. Doch die vorgeschlagenen Reformen würden die Oligarchie der Mächtigen nur vervollständigen.

Die Angreifer kamen im Morgengrauen. Unterstützt von Panzerwagen und Hubschraubern rückten mehrere hundert Soldaten in das Slumviertel vor. Bei Kämpfen mit Milizen starben mindestens drei ZivilistInnen, anschließend rechtfertigte ein Militärsprecher die Aktion mit dem Argument, das Gebiet müsse „wieder ein friedliches Viertel werden.“

Die Rede ist nicht von Falluja, sondern von Cité Soleil, einem Armenviertel der haitianischen Hauptstadt Port-au-Prince. Dort tragen die Soldaten blaue Helme, sie sind Mitglieder der UN-Truppe MINUSTAH, die das Land stabilisieren soll. Darunter versteht man vornehmlich den Kampf gegen die Anhänger des im Februar 2004 von den USA und Frankreich gestürzten Präsidenten Jean-Bertrand Aristide, deren Hochburgen Slumviertel wie Cité Soleil sind. Obwohl der karibische Staatenbund CARICOM den Sturz Aristides verurteilte und trotz des Drucks der USA die Beziehungen zur neuen Regierung Haitis, deren Politik die renommiertesten Menschenrechtsorganisationen kritisierten, nicht normalisieren will, hat der UN-Sicherheitsrat die Festigung der neuen Machtverhältnisse durch eine Militärintervention beschlossen.

Globale Oligarchie

Die Position Frankreichs und der USA war ohnehin klar, Großbritannien stimmte wie üblich mit der US-Regierung, Russland und China haben keine Ambitionen in Haiti, und für die Haltung der karibischen Staaten interessierte sich niemand. Im wichtigsten UN-Gremium, das auch über Sanktionen und Gewaltmaßnahmen zur Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung des Friedens entscheidet, herrscht eine Oligarchie. Allein drei der fünf ständigen Mitglieder, die durch ihr Veto jede Entscheidung blockieren können, sind westliche imperialistische Staaten.

Nach langen Verhandlungen hat im November ein UN-Komitee einen Reformvorschlag gemacht, der nun weithin als Maßnahme der Demokratisierung gefeiert wird: Der Sicherheitsrat soll um sechs neue ständige Mitglieder erweitert werden. Namen werden offiziell nicht genannt, doch ist klar, dass Deutschland und Japan dazu gehören sollen. Als Favorit für die Vertretung Lateinamerikas gilt Brasilien, dessen

sozialdemokratische Regierung führend am Haiti-Einsatz beteiligt ist. Die Repräsentation Asiens soll durch Indien gestärkt werden, als Vertreter Afrikas sind Südafrika, und – weil auch ein islamischer Staat dabei sein muss – Ägypten im Gespräch.

Die imperialistische Oligarchie wäre damit vollständig, während die „Dritte Welt“ durch die aufstrebenden Regionalmächte vertreten werden soll. Brasilien aber wird im Sicherheitsrat ebenso wenig die Interessen Boliviens vertreten wie die USA die Interessen Mexikos. Es gilt als selbstverständlich, dass allein wirtschaftliche und militärische Macht das Zugangskriterium sein soll. Die so genannte Reform würde daher das Machtgefälle in der Weltpolitik weiter erhöhen.

Zweierlei Maß

Die Bundesregierung ist begeistert von der Aussicht, Deutschland werde zu den wenigen Auserwählten gehören. Ganz zufrieden ist Gerhard Schröder dennoch nicht, denn er vermisst ein Vetorecht. Da dürfe „nicht mit zweierlei Maß gemessen werden“, empörte sich der Kanzler, womit er natürlich nicht die bleibende Rechtlosigkeit von 180 UN-Mitgliedsstaaten meint, sondern das Privileg der fünf ständigen Mitglieder, an dem auch Deutschland teilhaben soll.

Für Deutschland und Japan, die Aggressoren des Zweiten Weltkriegs, wäre die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat, möglichst noch termingerecht zum 60. Jahrestag des Kriegsendes, die endgültige Rehabilitation. Sie würde den Nationalismus in beiden Staaten, die ihre Außenpolitik in den letzten Jahren rasant militarisiert haben, weiter stärken und die Regierungen zu einer noch aggressiveren Linie ermutigen.

Ein erstes Beispiel der potenziellen Folgen gab Schröder bei seinem Besuch in China. Dort setzte er sich für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos ein, das nach dem Massaker an unbewaffneten Demonstranten auf dem Tiananmen-Platz in Peking 1989 verhängt wurde. Die Menschenrechtslage in China hat sich seitdem zwar eher verschlechtert, aber die Regierung in Peking muss schließlich für das deutsche Anliegen gewonnen werden.

Harry Tuttle



Wahlen im Irak

Die Regierungsbeteiligung der Kommunisten



Die Diskussion ob und wann sich auf den Sozialismus berufende Parteien an bürgerlichen Regierungen beteiligen sollten ist schon so alt wie die parteipolitisch organisierte ArbeiterInnenbewegung selber. Kann sich aber die Frage nach Beteiligung an einer Marionettenregierung stellen, die von einer imperialistischen Großmacht eingesetzt wurde und deren Folterungen sowie deren Massenmord unterstützt? Diese Frage scheint für die meisten Linken absurd. Die Irakische Kommunistische Partei sieht diese Frage unkomplizierter.

Der US-Krieg im Irak hat Untersuchungen zufolge bis zu 100.000 Menschen das Leben gekostet (s. dazu Seite 19). Die menschenverachtende Brutalität des Besatzungsregimes wurde und wird dabei immer wieder deutlich, egal ob bei den Folterungen im Abu Ghraib-Gefängnis, bei Flächenbombardements oder der Massenvertreibung der irakischen Bevölkerung durch die Zerstörung und Belagerung ganzer Städte. Derweilen versuchen die KriegsstrategInnen der US-Regierung ihrem Vorgehen einen schein-demokratischen Anstrich zu verleihen. Bis zu den ersten „freien“ Wahlen im Irak am 30. Januar 2005 wurde eine aus irakischen Parteien zusammengesetzte „Übergangsregierung“ von der US-Besatzung installiert. Spätestens mit der von der irakischen Übergangsregierung formal angeordneten Großoffensive auf Falludscha verlor die Regierung jegliche Legitimation gegenüber der irakischen Bevölkerung.

Doch eine gesellschaftliche Kraft im Irak versucht unbeirrt diese Regierung und ihre eigene Beteiligung daran zu rechtfertigen – die Irakische Kommunistische Partei (IKP).

Von der Guerilla zur Marionette

Die Irakische Kommunistische Partei – die Schwesterpartei der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) – wurde 1934 gegründet und ist heute eine der größten KPN im arabischen Raum. Sie unterhält 85 Büros, gibt eine zweimal in der Woche erscheinende Zeitung mit einer Auflage von 15.000 Exemplaren heraus und zählt mehrere zehntausend Mitglieder.

Seitdem im März 2003 die US-Armee den Irak überfiel, gab die IKP ihren bisherigen militärischen Kampf gegen das Saddam-Regime auf und beteiligte sich wenig später mit einem Sitz am 25-köpfigen „Irakischen Regierungsrat“ (IGC) und seit Juni 2004 dann an der „Übergangsregierung“, wo sie den Kulturminister stellt. Diese „irakische“

Regierung ist von den Besatzungsmächten unter Mithilfe der UNO installiert worden. Ihre Existenz ergibt sich aus Washingtons „Nation building“-Programm, das vorsieht, aus den Trümmern zerstörter Nationalstaaten „neue Nationen“ hervorzuzaubern.

Raschid Ghewielib, der Deutschland-Vertreter der IKP, versucht unterdessen die Regierungsbeteiligung seiner Partei als Widerstand gegen die Okkupation umzu-deuten. So erklärte er auf einer von der DKP-München organisierten Diskussionsveranstaltung am 22. Oktober im Münchener Eine-Welt-Haus, dass der Regierungsrat zwar von den Besatzern eingesetzt wurde, aber dass er auch ein Stück weit der USA abgetrotzt wurde, da diese zunächst alle irakischen politischen Kräfte ausschließen wollte. Weitere Erfolge der Regierung sind seiner Auffassung nach eine „relativ fortschrittliche“ Verfassung, die Sicherung von Frauenrechten, die Einführung einer Sozialversicherung, usw. – wie wichtig

können aber diese „Erfolge“ für die Menschen im Schatten von Abu Ghraib und Falludscha noch sein? Wer legt noch Wert auf eine Sozialversicherung oder eine Verfassung, wenn ihm gerade sein Haus weggebombt und seine Kinder erschossen wurden?

Jeder Widerstand islamistisch?

Der bewaffnete antiimperialistische Widerstand der irakischen Bevölkerung wird dabei von Ghewielib als antidemokratisch und antiemanzipatorisch abqualifiziert: „Sie vertreten ein arabisches, nationalistisches und rassistisches Konzept, das sogar faschistische Elemente enthält.“ (jW 20.11.04). Dass hier das „Arabische“ als etwas Verwerfliches und uneingeschränkt Negatives gesehen wird, ist eigentlich mehr von „Kulturkämpfern“ wie Holloway, Stoiber oder Sharon zu erwarten. Was heißt hierbei eigentlich „nationalistisch“; ist nicht jede nationale Befreiungsbewegung ein Stück weit nationalistisch? Und den Kampf gegen die Fremdherrschaft als rassistisch zu denunzieren, entspricht dem Antirassismus von Kolonialherren.

Die Mehrheit der politischen Bewegungen im Irak ist gegen die Besatzungsmächte und deren „Übergangsregierung“. Nicht alle unterstützen den bewaffneten Widerstand und auch nicht alle politischen Kräfte, die bewaffnet gegen die Besatzung des Iraks vorgehen, lassen sich durch diese schwarz-weiße Sichtweise charakterisieren.

Wie wenig die IKP daran interessiert ist, die Selbstbestimmung der irakischen Bevölkerung gegenüber den US-Besatzern durchzusetzen, zeigt eine Aussage von Ghewielib bezüglich der Schwierigkeiten der US-Armee im Irak: „Die Amerikaner haben die Gesellschaft nicht im Griff“ (jW 20.11.04).



Mitglieder der IKP feiern die Festnahme Saddam Husseins durch amerik. Truppen

Karl Lindt

Afghanistan Präsidentschaftswahlen unter Besatzung



Am 9. Oktober fanden in Afghanistan die Präsidentschaftswahlen statt. Zu den Bewerbern gehörten außer dem Übergangspräsidenten (und euro-angloamerikanischen Favoriten) Hamid Karsai 17 Bewerber, die von Monarchisten bis zur Nordallianz und von ehemaligen oder noch aktiven Warlords bis rechten Intellektuellen und islamischen Fundamentalisten reichten (linke Aktivität ist noch halblegal).

Anfang November wurde Hamid Karsai offiziell neuer alter Präsident Afghanistans. 55,4% der Stimmen, die für Karsai abgegeben wurden, machten eine zweite Runde überflüssig; sein schärfster Konkurrent, Junus Kanuni, (von der ehemaligen Nordallianz und heutigen Afghanistan National Movement), kam nur auf 16,3%. „Irregularitäten“ bei der Wahl, die noch am Wahltag, dem 9. Oktober, zu einem lautstarken Protest seiner Gegner geführt hatten, wurden vom eingesetzten internationalen Prüfungsgremium eingeräumt; sie sollen aber nach dessen Einschätzung das Gesamtergebnis nicht beeinträchtigt haben. Irregularitäten wie mehrfach abgegebene Stimmen, Wählermanipulationen in den Hochburgen der jeweiligen Kandidaten seien von jeder Seite unternommen worden, so dass sie sich im Gesamtergebnis ausgleichen würden: So könnte man vergrößernd die Expertise der Wahlprüfer auf den Punkt bringen.

Dass das internationale Gremium am Wahlergebnis, das schon mehr als eine Woche vorher feststand, nicht mehr gerüttelt hat, liegt zum einen an den hohen Kosten der Wahlen (fast 80 Millionen Dollar, die allein von den USA bezahlt wurden) und zum anderen weckt der Wahlsieger Karsai – nicht nur für seine „Schutzmacht“ USA – die Hoffnung auf eine Besserung der Verhältnisse. Sein Sieg wird als Sieg über die Warlords eingestuft.

Jetzt ist man gespannt, wie Karsai, ausgestattet mit neuer Legitimität, mit den War- und Druglords verfahren wird, zumal das Land dieses Jahr laut New York Times vom 18. November 4 200 Tonnen Rohopium auf dem Weltmarkt geworfen hat (verglichen mit 100 Tonnen vor dem Invasionskrieg 2001), das ist über 75% der Weltproduktion und (fast 60% des Bruttoinlandsprodukts des Landes).

Beschränkte Macht

Bislang wurde Karsai höhnisch als „Bürgermeister von Kabul“ bezeichnet wegen sei-

ner begrenzte Machtbefugnisse und weil ihm die unsichere Lage in „Restafghanistan“ nur mit hohem Sicherheitsaufwand gestattete, die Hauptstadt zu verlassen. Politik konnte er nur mittels mehr oder weniger offener Zusammenarbeit mit den dubiosen Regionalfürsten machen: Zu seinem bisherigen Kabinett zählte ein „halbkrimineller“ Verteidigungsminister aus den Reihen der Warlords, Mohammad Kasim Fahim, der Hazara-Warlord Abdul Karim Khalili als Vizepräsident (der mit Karsai zusammen nochmals für 5 Jahre gewählt wurde) und Mohammad Arif Nurzai Minister für ethnische und Grenzangelegenheiten, dessen Verbindung zur Drogenmafia eine offenes Geheimnis ist.

Der Spielraum Karsais wird jedoch nicht nur von der Einflussphäre der War- und Druglords eingeschränkt; die Politik des neuen alten Präsidenten steht in Abhängigkeit von den USA, die zusammen mit NATO-Verbündeten wie Deutschland 28 000 Mann starke Truppen in Afghanistan stationiert haben. Wie wichtig es den USA war, dass der loyale Paschtune (Karsai) gewählt wurde, beweist allein die überaus emsige Aktivität des amerikanischen Botschafters in Kabul Zalmy Khalilzad (selbst geborener Afghane, ein Paschtune) vor den Wahlen, als er versuchte, Gegenkandidaten zum Rücktritt zu bewegen, und nach den Wahlen, als er versuchte, die Gegenkandidaten davon zu überzeugen, ihren Protest zurückzunehmen.

Trotz des Siegs Karsais ist die weitere Zuspitzung der Lage im Lande unausweichlich, besonders in der jetzigen Periode zwischen den beiden Wahlen, nämlich im Zeitraum zwischen den gerade erst überstandenen Präsidentschaftswahlen und die für März 2005 geplanten Parlamentswahlen. Wie die Präsidentschaftswahlen gezeigt haben, ist die afghanische Nation weiterhin keine einheitliche Gemeinschaft, sondern agiert lediglich wie ein lose Koalition: Paschtunen wählten Paschtunen, Tadschi-

ken unterstützten Tadschiken, Hazara gaben die Stimme ihrem Oberhaupt und die Usbeken bekannten sich ebenfalls zu ihrem Gebieter.

Neue Zuspitzung

Erste Anzeichen einer innenpolitischen Zuspitzung liegen auf der Hand: die Wiedergeburt der Radikalen nationalistische Partei der Paschtunen Afghan Melat „Nation der Afghanen“ (aktiv seit 1960, und seit 1978, der Machtübernahme der prosovjetschen Volksdemokratische Partei, im Untergrund und Exil) provozierte umgehend die Renaissance ihres Antipoden, der von radikalen Positionen ausgehenden Partei der Tadschiken Setam-i-Melli (aktiv seit den 70ern, seit 1978 im Untergrund und Exil). Es ändert nicht viel am Wesen des Vorgangs, dass sie ihren alten, anmaßenden Namen Setam-i-Melli (Nationale Unterdrückung), gegen den neutraleren Congress-Melli „Nationaler Kongress“ austauschte.

Spannungen zwischen Mudschaheddin (in den 80ern vom Westen unterstützte Rebellen, die die Rote Armee in Afghanistan bekämpften) und Nicht-Mudschaheddin. Ersteren gefällt es überhaupt nicht, dass sie immer ihre Positionen in den höchsten Etagen der Macht einbüßten. Karsai orientiert sich in seiner Personalpolitik natürlich nicht ohne Druck seiner Geldgeber in den USA und in der EU auf Fachleute, die er selbstverständlich mehr unter den „Technokraten“ findet, am ehesten unter den „prowestlichen“ und „Komunisten“ (gemeint sind die ehemaligen Funktionäre der 1992 von den Mudschaheddin aufgelösten Volksdemokratische Partei).

Nach allem zu urteilen, ist ein Anwachsen der politischen und sozialen Spannungen deshalb schon in der nächsten Zeit kaum noch zu vermeiden.

M. Anwar Karimi

Buchbesprechung

Deutsche Kommunisten

Das biographische Handbuch *Deutsche Kommunisten*

von Hermann Weber und Andreas Herbst ist mehr als nur ein Nachschlagewerk. Über den politischen Werdegang damaliger AktivistInnen zeigt es die Bedeutung einer kommunistischen Partei für heute auf.

Das Handbuch umfasst die Biographien von 1.400 FunktionärInnen der KPD zwischen 1918 bis 1945. Liest mensch sich die Biographien durch, so wird zu allererst die gewaltige Arbeit der Aufklärung und politischen Erziehung deutlich, die die Kommunistische Partei in der Weimarer Republik leistete. Sie förderte eine Avantgarde aus KämpferInnen des Proletariats – ein hier wirklich zutreffender Ausdruck. Die KPD half diesen ArbeiterInnen, ihr Bewusstsein auf ein neues politisches Niveau zu heben und zu neuen Menschen zu werden. Dieser Emanzipationsprozess im besten sozialistischen und humanistischen Sinne, selbst nur ein Spiegelbild der breiten kommunistischen Bewusstseinsarbeit innerhalb der Klasse, ist nur mit der Arbeit der SPD in ihrer revolutionären Phase 1878 bis 1906 unter Bebel, Wilhelm Liebknecht, Kautsky und Rosa Luxemburg zu vergleichen.

Emanzipation und Degeneration

Die Biographien machen aber auch deutlich, dass der Emanzipationsprozess der AktivistInnen während der Kampfzeit der KPD (1918-1923) mit Beginn einer vorübergehenden Stabilisierungsphase des Kapitalismus zusehends vom Degenerationsprozess der Stalinisierung überlagert wurde. Sie verlangte von diesen gesellschaftskritischen Kadern, die zu AgitatorInnen, PropagandistInnen und OrganisatorInnen ausgebildet worden waren oder wurden, sich den jeweiligen Direktiven und „Linien“ aus Moskau bedingungslos zu unterwerfen. Fast jede Kritik an Stalin/Thälmann wurde mit Ausschluss oder Absetzung bestraft. Wer deshalb lieber der vorgegebenen Linie folgte, dem/der war das Rückgrat gebrochen. Darüber geben ansatzweise die Biographien Ewerts und Gerhart Eislers Aufschluss, die mit Ernst Meyer die Apparattraktion der Versöhner führten. Sie traten 1928 gegen die ultralinke Linie der Stalin-Thälmann für die Einheitsfront mit der SPD und für kommunistische Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften ein, um dann nach dem Tode Meyers im Februar 1930 zu kapitulieren und sich der Einheitsfrontpolitik „nur von unten“, dem Kurs auf eigene revolutionäre Gewerkschaften und später der Sozialfaschismustheorie zu unterwerfen.



Deutsche Kommunisten von Hermann Weber/Andreas Herbst

Anpassung konnte sich durchaus auszahlen. Schließlich bot die KPD Ende der 20er Jahre ca. 5.000 bezahlte Stellen vom hauptamtlichen ZK-Mitglied bis zur/m Mitarbeiter/in einer Konsumgenossenschaft. Dieser aufgeblähte bürokratische Apparat stellte 20 Prozent aller FunktionärInnen. Mit ihm beherrschte die Thälmannführung das Funktionärscorps und darüber die Partei (S. 27).

Hatten die FunktionärInnen mit wenig linientreuer Biographie auch noch das Pech, später vor Hitler in die Sowjetunion zu flüchten, dann wurde der frühere Widerspruch gegen die Parteiführung in vielen Fällen mit der Kugel beantwortet. Von den 1.400 angeführten KPD-Mitgliedern wurden 222 Opfer des Faschismus und 178 des Stalinismus (S. 42).

Linkskommunistische Tradition

Ausgangspunkt des proletarischen Linkskommunismus, aus dem der Trotzismus in Deutschland hervorging, war die Kritik an der verpassten „deutschen Oktober“ Revolution 1923. Leider scheint die Kombination der Jahre „1921“ und „1923“ für die Sicht der beiden Autoren auf die Geschichte der KPD

kaum eine Bedeutung zu haben (S. 12 f.). Damals gelang es der Führung der KPD um Brandler, Stöcker, Fröhlich und Thalheimer die kommunistische Partei in nur 2 ½ Jahren völlig zu ruinieren. Die KPD verlor durch die ultralinke Märzaktion 1921 allein 209.000 Mitglieder und durch das Verpassen der revolutionären Situation im Oktober 1923 noch einmal 200.000 Mitglieder.

Mit Webers/Herbsts Unterscheidung einer „realpolitischen“ und einer „radikalen linken“ Grundströmung in der KPD (S. 18) kann mensch einiges erklären. Die Frage wird jedoch da spannend, wo sie für die Autoren aufhört: Warum bildete sich in der KPD nach dem Tod Rosa Luxemburgs nie eine revolutionär-marxistische Leitung heraus? Wie Trotzki in seiner Kritik des Programms der Kommunistischen Internationale hervorhob, stieß sich jede Leitung der KPD an ihrer falsch eingeschätzten Entwicklung des Kapitalismus die Köpfe ein und wurde von der nächsten Leitung abgelöst. So konnte die Führung der KPD nicht einmal unterschiedliche Erfahrungen verarbeiten und Fehler korrigieren. Aber hätte sie es denn gekonnt, wenn sie dazu die Gelegenheit gehabt hätte?

Eine Anregung für weitere Nachforschungen sind die Biographien von Linkskommunisten in der späteren DDR wie von Erich Besser in Dessau und Otto Weber in Rathenow, die sich nie dem Stalinismus beugten. Dass bei 1.400 Biographien auch die eine oder andere wichtige vergessen werden kann, ist demnächst mit der Erinnerung an den 50. Todestag von Josef Schmitz zu belegen. Denn schließlich ist Webers/Herbsts Handbuch eine Aufforderung, sich weiter mit der Geschichte des kommunistischen Arbeiterbewegung auseinanderzusetzen.

B.B.

Hermann Weber/Andreas Herbst
Deutsche Kommunisten
Biographisches Handbuch
1918 bis 1945
49,90 Euro oder Bücherei

Feiern, Feiern, Feiern

10 Jahre RSB wurden nicht nur auf dem zentralen Fest des RSB in Mannheim gefeiert. Auch lokal freuten sich die Genossinnen und Genossen über einen Anlass, das Tanzbein zu schwingen.

Wer revolutionäre Politik macht und sich Tag für Tag mit den Schweinereien des kapitalistischen Systems befasst, der muss schnell feststellen, dass mensch es hauptsächlich nur mit Ärgernissen zu tun hat: der Offensive des Kapitals gegen die ArbeiterInnenklasse, die imperialistischen Kriege, die zu langsamen Gewerkschaftsapparate oder der zu geringe Widerstand können einem schon die Laune verderben! Da ist es dann um so wichtiger, die Gelegenheit am Schopf zu ergreifen, auch gemeinsam Freude zu haben und eine lustige Nacht zu erleben. Schließlich lebt die Revolutionärin nicht von der Theorie allein.

Die Ortsgruppe München des RSB organisierte zum 10jährigen des RSB Ende Dezember eine große Party, auf der bis in die frühen Morgenstunden hinein getanzt, getrunken und diskutiert wurde.

Viele der über 100 Gäste brachten etwas zu Essen mit, um das Büfett zu ergänzen – von der Schwarzwälder Kirschtorte bis zum arabischen Humus konnte mensch sich mit internationalen Köstlichkeiten den Magen füllen. Dafür wurden sie mit Caipirinha belohnt, vielleicht unkundig gemischt, aber trotzdem lecker. Während so richtige Tanzstimmung erst ab 1.00 Uhr aufkam, wurde im anderen Raum am Kanonenofen von Beginn an angeregt diskutiert und gewitzelt. Der Film „**Die reine Flamme der Revolution**“, der ja schon für viel Erheiterung auf der Feier in Mannheim gesorgt hatte, wurde gezeigt und gibt, wenn auch etwas skurril,

Grundlagen der historischen Entwicklung der IV. Internationale wieder.

Besonders gelungen ist das Fest nicht nur wegen der vielen Freundinnen und Freunde aus dem Umfeld der Ortsgruppe München, die gute Stimmung machten, sondern auch wegen der Genossinnen und Genossen aus anderen politischen Strömungen, die zahlreich kamen. Schließlich ist eine gute und solidarische Zusammenarbeit nicht nur die Basis, um gemeinsam Politik zu machen – es kann ruhig mal zusammen getanzt und gefeiert werden.

Vielen Dank an alle, die uns mit kochen, putzen, einem Auto und der Anlage geholfen haben, so dass es ein super Fest geworden ist. Wir freuen uns schon auf die nächste Gelegenheit, für die nächste Party!

Korrespondentin

Dringender Spendenaufruf

An alle Leserinnen und Leser, auch unsere GenossInnen, Familien und Umfeld der NSSP in Sri Lanka sind von der Flutkatastrophe betroffen. Wir bitten euch deshalb um Spenden auf das Konto der Avanti 544 904 901, BLZ 254 621 60, Volksbank Hameln, unter dem Stichwort: Internationale Solidarität NSSP.

Zum Mindestlohn

Armin Schild, seit 1.1.05 Bezirksleiter der IGM für den Bezirk Frankfurt (=Mittelgruppe, bestehend aus Saarland, RLP, Hessen und Thüringen) in der „*Financial Times Deutschland*“ vom 11. Oktober 2004: „... Mindestlöhne konterkarieren das Niedriglohn-Konzept nur in so weit, als sie eine skandalöse Bezahlung unterhalb des niedrigsten Niveaus aller Flächentarifverträge ausschließen. Es ist kein Geheimnis, dass in einer Reihe von Branchen Tarifverträge existieren, die in den untersten Lohngruppen faktisch Niedriglöhne zulassen. Das ist ein Preis der Tarifautonomie, den die Arbeitnehmer zahlen...“

Industriepräsident Rogowski im Interview „Hartz IV reicht nicht aus“ von Stefan von Borstel in die Welt vom 6.10.04: „Arbeit ist keine feste Größe, sondern eine Frage von Angebot und Nachfrage - und damit eine Frage des Preises. Deshalb brauchen wir auf keinen Fall Mindestlöhne. Im Gegenteil, wir müssen die tariflichen Untergrenzen durchbrechen“

„Wir halten gesetzlich festgelegte Mindestlöhne nach wie vor für problematisch, da sie eine Gefahr für die Tarifautonomie bedeuten“, sagte der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber in der IGM-Pressemitteilung Nr. 90/2004 vom 22. September 2004

„Huber: Keine Kurskorrektur bei gesetzlichen Mindestlöhnen“

Go get organized!

Ich möchte:

- ein kostenloses Info-Paket bestellen.
- ein persönliches Gespräch mit dem RSB in meiner Nähe.
- ein Abo der Avanti bestellen für:
 - 3 Ausgaben (5 Euro)
 - halbes Jahr (13 Euro)
 - ganzes Jahr (25 Euro)
 - Förderabo über ____ Euro (mind. 30 Euro)
- monatlich ____ Euro an den RSB spenden.

Bitte senden an:

**RSB/IV.Internationale,
Landzungenstraße 8, 68159 Mannheim**

Ich überweise das Geld auf das Konto:

„Avanti“, Volksbank Hameln 544 904 901, BLZ 254 621 60
Verwendungszweck nicht vergessen!

Vorname, Name

Straße, Nummer

Postleitzahl, Ort

Datum, Unterschrift

Am 11./12. Februar gegen die NATO

Nein zu Krieg und Militarisierung!

Seit vier Jahren wird in München groß gegen die jährliche NATO-Sicherheitskonferenz mobilisiert. Auch dieses Jahr hat sich wieder ein breites Bündnis gebildet.

Am Freitag, 11. Februar, wird gegen die BDI- und Bankentagung demonstriert (s. Kasten). Am Samstag, 12. Februar, wird wieder eine internationale Demo gegen die Kriegstagung stattfinden. In den letzten Jahren waren trotz der anhaltenden Repression 10.000–30.000 TeilnehmerInnen dabei. Auch diesmal erhofft sich das Bündnis, an dem auch der RSB beteiligt ist, wieder eine große und kraftvolle Demonstration, um gegen die Militarisierung der Außenpolitik und die weltweiten Kriege zu protestieren.

Aus dem Aufruf des Aktionsbündnisses

„Die jährlich stattfindende so genannte Sicherheitskonferenz in München ist ein Treffen von Regierungsvertretern aus den NATO-Staaten, von Militärstrategen, Generalen und Rüstungsexperten. (...)“

Wir wenden uns gegen ein System, das sich ausschließlich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht. Dazu gehören die hermetische Abschottung der Außengrenzen der EU und der USA gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen – und in Deutschland: rassistische AusländerInnengesetze, die Abschaffung des Asylrechts, Naziterror und Mord.

Seit Jahren ist der konsequente Aufbau eines militärischen Drohpotentials Bestandteil der EU-Politik. Dazu gehört unter anderem auch die in der vorgesehenen EU-Verfassung festgeschriebene Verpflichtung zur Aufrüstung: So werden in Deutschland für neue Rüstungsprogramme in den nächsten 10 Jahren 150 Mrd. Euro veranschlagt. Bereits heute ist Deutschland drittgrößter „Truppensteller“ bei internationalen Militäreinsätzen.

Militarisierung nach außen und Demontage des Sozialsystems nach innen sind zwei Seiten einer Medaille: Mit der Durchsetzung von „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ betreibt die Allianz aus Unternehmern, Kapitaleignern und der großen parlamentarischen „Reformkoalition“ (CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP) mit dem Argument der



Die Demo im Jahr 2004

globalen Standortkonkurrenz Sozialkahl-schlag.

Weltweiter Protest gegen diese menschenfeindliche Politik der kapitalistischen Globalisierung hat sich entwickelt, wo immer sich die neoliberalen Kriegs- und Wirtschaftsstrategen trafen: in Seattle, Genua, Prag, Davos, Barcelona und München, aber auch durch die seit Porto Alegre entstandene Sozialforumsbewegung.

Wir erklären den NATO-Kriegsstrategen: Euer Treffen ist in München und anderswo unerwünscht. Eurer Politik setzen wir weltweit Widerstand entgegen.

Krieg und Sozialkahl-schlag bedroht uns alle: Arbeitslose und Beschäftigte, Jugendliche und Rentner, Menschen mit oder ohne deutschem Pass. Nur gemeinsam können wir wirksam Alternativen durchsetzen, um eine friedliche und gerechte Welt zu schaffen.

Wir sind ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen mit verschiedenen Vorstellungen von Protest und Widerstand. Wir kritisieren aus unterschiedlichen Positionen weltweite Ungerechtigkeit und staatliche Gewaltpolitik. Diese Vielfalt ist unsere Stärke.

- **Stoppt die weltweite Kriegs- und Besatzungspolitik der NATO-Staaten**
- **Für ein soziales Europa - Keine EU-Militärmacht**
- **Gegen jegliche deutsche Kriegsbe-teiligung - Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr**
- **Internationale Solidarität gegen Ausbeutung und Unterdrückung**
- **Statt sozialer Demontage und Auf-rüstung - Umverteilung von oben nach unten**
- **No justice - no peace/Ohne Gerech-tigkeit kein Frieden“.**

Korrespondentin



Nein zu Krieg und Militarisierung

BDI-Tagung am 11.2.2005

In Kooperation mit der NATO-Sicherheitskonferenz veranstalten der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Bundesverband der deutschen Banken am Freitag, 11. Februar 2005 in München eine „Finanzierungskonferenz zur Region Nordafrika Mittelost“. Mitveranstalter ist die Weltbank-Gruppe und die Europäische Investitionsbank. Erwartet werden „bis zu 250 Vertreter von Unternehmen, Banken und Politik“. Für den Abend ist die Beteiligung am Eröffnungsempfang der NATO-Militärtagung im Bayerischen Hof vorgesehen. Die Konferenz dient der „Absicherung von Exportvorhaben und Auslandsinvestitionen in der Region“ sowie der Entwicklung von Strategien zur Förderung „von Kapital

aus der Region für Investitionen in Deutschland“. Denn: Libyen und die Maghreb-Staaten gelten als geeignete Abnehmer für militärtechnische Produkte.

Das offizielle Motto der Finanzierungskonferenz „Mehr Sicherheit durch Investitionen“ deckt sich mit einem der Schwerpunkte der NATO-Sicherheitskonferenz 2005: „Die wechselseitige Beziehung von wirtschaftlicher Entwicklung und Sicherheit“. Zwei Seiten einer Medaille – die weltweite Ausbeutung und ihre militärische Absicherung – finden hier ihren klaren Ausdruck. Die ökonomische Expansion der deutschen Wirtschaft soll mit den militärpolitischen Planungen abgestimmt werden.

Korrespondentin

TIPP!

www.no-nato.de

Telefonnummer Ermittlungs-ausschuss: 089/4489638